Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 138. | Dresden, Dienstag den 18. Juni 1912. | 23. Jahrg.

Um Paulis ungültiges Mandat.

Aus dem Wahlkreise Hagenow-Grevesmühlen wird uns geschrieben:

In Hagenow-Grevesmühlen findet an diesem Donnerstag eine Neuwahl statt. Der Reichstag hat bekanntlich das Mandat des konservativen Abgeordneten Pauli aus Potsdam, der bei der Januarwahl im 1. mecklenburgischen Wahlkreis amtlich als gewählt proklamiert worden war, für ungültig erklären müssen. Weil bei der Wahlhandlung die tollsten Dinge passiert sind! Man hat z. B. mehrfach zwischen Haupt- und Stichwahl rasch noch „zuverlässige“ Wähler in die Wählerlisten nachgetragen, hat handschriftlich gefertigte Stimmzettel einfach für ungültig erklärt, umgekehrt Stimmzettel, die mehr vorhanden waren als Wähler, für gültig angesehen, bewußt den nicht wahlberechtigten Bruder eines verstorbenen adligen Junkers für diesen wählen lassen, die Wahlhandlung geschlossen, obwohl noch Wähler vorhanden waren, die ihre Stimme noch nicht abgegeben hatten usw. usw.

Am Donnerstag findet nun die Neuwahl in diesem Kreise statt. Unsere Genossen sind fleißig am Werke, geben sich aber keinen überschwenglichen Hoffnungen hin. Der Wahlkreis ist ein rein landwirtschaftlicher. Er zählt rund 90 000 Einwohner, von denen nur ein Drittel in den Städten wohnt. Und letztere haben ganz den Charakter der Ackerbürgerstädte. Die Industrie ist im Kreise kaum vertreten und fast jeder Arbeiter muß „sein“ Ackerstückchen haben, um mit dessen Ertrag seinem gewerblichen Einkommen nachzuhelfen. Die größte Stadt im Kreise hat nur 5200 Einwohner.

Bei der Januarwahl erhielt die Sozialdemokratie rund ein Drittel der abgegebenen Stimmen, nämlich 6100. Die gleiche Zahl hatten die Fortschrittler. Die Konservativen zählten 7000 Stimmen für sich. Wie die beschafft worden waren, dafür haben wir oben ein paar Beispiele gegeben. Die Stichwahl im Januar fand zwischen Konservativen und Sozialdemokraten statt. Der Landesvorsitzende der Fortschrittler hatte in aller Form öffentlich direkt zur Wahl des sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten aufgefordert. Aber 700 Fortschrittler blieben der Stichwahl ganz fern und von den 5400, die zur Stichwahl gingen, stimmten nur 2600 für die Sozialdemokratie, aber 2800, also 200 mehr, für die Konservativen, denen sie so den Kreis auslieferten.

Zu der jetzigen Wahl haben es die Konservativen darauf angelegt, zu verhindern, daß die Fortschrittler in die Stichwahl kommen. Sie rechnen nämlich für diesen Fall mit einem gleichen Ausgang wie bei der Januarwahl. Weil nun aber die Wahl am Donnerstag nach den alten Wählerlisten vom Januar vor sich geht, wäre es bei der sozialen Struktur der Wählerschaft begreiflich, wenn die Sozialdemokratie hinter ihrer Stimmenzahl vom Januar zurückbleiben würde. Denn von den im Kreise ansässigen Arbeitern sind verhältnismäßig viele während der Sommermonate als Bauarbeiter über Land oder sonstwie gar in Lübeck oder Hamburg beschäftigt, so daß sie eine volle Tagereise machen müßten, um ihr Wahlrecht ausüben zu können.

Es ist also möglich, daß der fortschrittliche Kandidat diesmal unseren Genossen überholt und dann seinerseits mit dem Konservativen in die Stichwahl kommt. Dann könnte sich, weil die Sozialdemokratie die Fortschrittler trotz allem noch immer als das kleinere Uebel ansehen müssen, der konservative Herr Pauli den Mund wischen. Und um dies zu verhindern, protzen die konservativen Wahlagenten jetzt täglich ganze Breitseiten gegen ihre ehemals so hübsch gelehrigen Blockgenossen ab. Es fehlt hierbei freilich nicht an tragikomischen Momenten. Als man sich z. B. den konservativen Wahlapostel Müller aus Berlin etwas bei Licht besah, stellte es sich heraus, daß dies derselbe Held ist, der noch bei der Januarwahl im Wahlkreise Greifswalde-Grimmen als Wanderredner für die Liberalen funktionierte und dort gewaltig den Mund voll nahm gegen die Konservativen, die er jetzt hier bis über den grünen Klee lobt. Ein anderer konservativer Wahlmacher ist der Schornsteinfegermeister Conrad aus Breslau. Den haben die Junker nach Hagenow-Grevesmühlen gelockt, damit er die Handwerksmeister und den sonstigen Mittelstand für die Junkerpartei einfangen soll. Als dieser Conrad nun hier mit der ehrlichsten Miene von der Welt u. a. auch gegen den Hansabund loszog, wurde ihm vorgehalten, daß er ja selbst für seine Kandidatur in Liegnitz-Haynau den Hansabund um finanzielle Unterstützung angeschnorrt habe. Herr Conrad suchte sich damit herauszureden, daß er persönlich beim Hansabund nicht fechten gegangen wäre, „nur“ seine Parteifreunde hätten das getan! Ernster zu nehmen als diese redenden konservativen Wahlhelfer sind die stummen, aber um so wirksameren: Die Wahlvorsteher, die dieselben sind wie bei der für ungültig erklärten Januarwahl und die Gutsinspektoren und Statthalter, die die „Hintersassen“ der Junker in Reih und Glied zur „Wahlurne“ führen!

Wie die Wahl aber auch ausgehen wird, die Sozialdemokratie darf von sich behaupten, daß sie ihre agitatorische Schuldigkeit getan hat.

Arbeiterbund und Präsidentenwahl.

md. Chicago, 5. Juni.

Im kommenden November wird das angeblich souveräne Volk der Vereinigten Staaten an die Wahlurne eilen, um zu bestimmen, wer in den nächsten vier Jahren als oberster Verwaltungsbeamter an der Spitze des Landes stehen soll. Die Anhänger der beiden alten Parteien, Republikaner und Demokraten, sind, wie das vor jeder Wahl der Fall ist, in sich gespalten. Für die ersteren ringen der jetzige Präsident William Howard Taft, der Mann mit den glatten Manieren und dem ewigen Lächeln des gutgeschulten Oberkellners, und der frühere Präsident Theodor Roosevelt, der ungestüme Rauhreiter mit dem grimmigen Knurren und dem Zähnegefletsch des schlecht dressierten Bulldoggs, um die Kandidatur. Bei den letzteren stehen Kongreßabgeordneter Champ Clark von Missouri und Gouverneur Woodrow Wilson von Neujersey einander gegenüber, zwei Berufspolitiker, die über die Grenzen ihrer Heimatsstaaten hinaus die Oeffentlichkeit noch wenig beschäftigt haben. In ein paar Monaten wird jede der beiden Parteien auf ihrem Nationalkonvent bestimmen, wen sie von den durch das Ergebnis der Vorwahlen präsentierten Bewerbern — Taft und Roosevelt auf republikanischer, Clark und Wilson auf demokratischer Seite — ins Treffen schicken wird. Dann beginnt die Hauptschlacht, die am ersten Dienstag des November, dem regelmäßigen Tage der Präsidentenerwählung, ihr Ende findet.

Die sozialistische Partei hat auf ihrer jüngst zu Indianapolis abgehaltenen Konvention den altbewährten Vertrauensmann der aufgeklärten Arbeiterschaft Amerikas Eugene V. Debs und den jüngeren Parteiführer Emil Seidel zu ihren Bannerträgern erkoren. Eugene V. Debs, der vor allem bei dem gewaltigen, das ganze Land umfassenden Eisenbahnerstreik im Jahre 1894 durch Umsicht und Unerschrockenheit sich hervortat, hat die Nomination als Präsident erhalten. Emil Seidel, der frühere Bürgermeister Milwaukees, der als solcher sein Verwaltungstalent und seine unantastbare Ehrlichkeit über jeden Zweifel hinaus bewies und sein Amt sicher noch heute inne hätte, wenn nicht die beiden alten Parteien verbündet gegen ihn aufgetreten wären, ist durch die Aufstellung als Kandidat für die Vizepräsidentschaft ausgezeichnet worden. Aussicht auf Sieg ist vorläufig — darüber gibt sich die sozialistische Partei keinerlei Illusionen hin — nicht vorhanden. Wohl aber darf mit Sicherheit behauptet werden, daß das sozialistische Votum bei den diesjährigen Wahlen erfreulich anschwellen wird.

Daß Debs und Seidel ihre Gefolgschaft zum weitaus größten Teil unter den Lohnarbeitern finden werden, bedarf keines langatmigen Beweises. Der Sozialismus befindet sich hierzulande noch im Entwicklungsstadium, und so setzt sich seine Anhängerschaft, wie das ja auch in Deutschland einst der Fall war, fast ausschließlich aus vorgeschrittenen Fabrikproletariern und ein paar, um den landläufigen Ausdruck zu brauchen, fortschrittlich gesinnten Intellektuellen zusammen. Den Kern des arbeitenden Volkes bilden hier wie drüben die Gewerkschaften, die hier bis auf wenige, nicht in Betracht kommende Ausnahmen im Amerikanischen Arbeiterbund, der American Federation of Labor, vereint sind. Dieser Bund ist in allen Städten der Union vertreten und hat heute eine Mitgliederzahl von etwa 1 800 000 Arbeitern männlichen und weiblichen Geschlechts aufzuweisen. An seiner Spitze steht seit Jahren Samuel Gompers, ein ehemaliger Zigarrenmacher.

Der Amerikanische Arbeiterbund befaßt sich als solcher nicht mit der Politik. Seine Mitglieder können sich nach Belieben irgendeiner Partei anschließen; kein allgemein gültiges Programm hindert sie daran. Alles, was der Bund zur Zeit der Präsidentenwahl unternimmt, besteht darin, daß in seinem Namen Samuel Gompers als erster Repräsentant der mächtigen Vereinigung an die Kandidaten der einzelnen Parteien, sobald sie erkürt worden sind, ein Schreiben richtet, worin er sie um Auskunft über ihre Stellungnahme zu Arbeiterangelegenheiten ersucht. Die Antworten werden im offiziellen Bundesorgan veröffentlicht, ohne Kommentar, mit der einzigen Hinzufügung: Arbeiter, wählt den Mann, den ihr nach diesen Mitteilungen für euren Freund haltet!

Samuel Gompers selbst, der im Arbeiterbund ganz ungewöhnlichen Einfluß ausübt, ist ein durch und durch bürgerlich denkender Mann und erklärt die bestehende Gesellschaftsordnung für die denkbar beste. Er glaubt an die Gemeinsamkeit der Interessen von Kapital und Arbeit, oder gibt wenigstens vor, daran zu glauben. Er hat sich deshalb dem Bürgerverband, der Civic Federation, angeschlossen, einer Vereinigung von Großindustriellen, vorschriftsmäßig gesinnten Gelehrten und Arbeiterführern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, zwischen den Unternehmern und ihren Lohnsklaven bei Zwistigkeiten liebevoll zu vermitteln und überhaupt bei jeder Gelegenheit süße Klassenharmonie zu predigen. Um den Geist dieser Gesellschaft zu kennzeichnen, genügt es, zwei ihrer Mitglieder zu nennen: den Industriekapitän August Belmont, der, wo er irgend kann, die Löhne herunterschraubt, und den Universitätsprofessor Elliot, dessen Ideal der Streikbrecher, der „Scab“ ist, den er, so unglaublich es klingt, öffentlich als Nationalhelden, als Wohltäter der Menschheit feiert.

Die von den Ideen des Sozialismus beherrschten Angehörigen des Amerikanischen Arbeiterbundes haben selbstverständlich alles mögliche getan, Samuel Gompers zu stürzen; aber sie sind zurzeit noch in so verhältnismäßig geringer Anzahl vorhanden, daß Gompers ihre Angriffe mit überlegenem Lächeln spotten durfte. Von den zahlreichen, zum Bunde gehörenden Einzelverbänden haben sich bisher nur drei auf den Boden des Sozialismus gestellt: die Vereinigungen der Brauer und Mälzer, der Bäckereiarbeiter und der Anstreicher. In allen dreien überwiegt das deutsche Element. Der anglo- und irisch-amerikanische Durchschnittsarbeiter läßt sich noch immer durch das alberne Wort: „Der Sozialismus ist unamerikanisch,“ verblüffen. Die Führer aber fürchten, aus unsauberen, politischen Geschäften stammende Nebeneinkünfte zu verlieren, wenn sie sich zu sozialistischen Anschauungen bekennen würden. Für sie ist die Politik nichts als ein Handel, aus dem der verständige Mensch „right or wrong“ — auf ehrliche oder unehrliche Weise — seinen Profit zu ergattern weiß.

Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß die einzige Partei im Lande, die die Arbeiterinteressen offen und aus Ueberzeugung wahren will, bei denen, für die sie kämpft, so ungeheuchelte Unterstützung findet. Es ist wahr: die sozialistische Partei Nordamerikas ist von Wahlgang zu Wahlgang gewachsen. Aber im Vergleich zur Entwicklung ihrer Schwesterparteien in Europa muß ihr Wachstum ein vorläufig recht bescheidenes genannt werden.

Wie zum Kriegführen überall Geld, Geld und nochmals Geld gehört, so ganz besonders im Lande der rücksichtslosen Dollarjäger. Damit aber haperts in der sozialistischen Partei, die über eine stattliche Zahl klarer Köpfe und tüchtiger Redner verfügt, ganz bedenklich. Sie hat nicht genügend Munition für ihre Geschütze, nicht Geld genug, Parteiblätter in erforderlicher Anzahl zu unterhalten.

Die Kassen des Amerikanischen Arbeiterbundes sind wohlgefüllt, aber vor den „unamerikanischen Umstürzlern“ werden sie ängstlich verschlossen gehalten. Langwierige Arbeit wird es bedürfen, da nennenswerte Bresche zu schlagen. Doch der Sozialismus hat schon schwierigere Herkulesarbeiten bewältigt. Die ihm innewohnende Ideenkraft wird, unterstützt von wirtschaftlichen Krisen, seine Lehre mit der Zeit auch in die härtesten Schädel hineinhämmern. Haben die amerikanischen Sozialisten einmal im Amerikanischen Arbeiterbund die Oberhand gewonnen, dann sind sie ein Machtfaktor, der bei den Präsidentenwahlen nicht mehr, wie jetzt, einen bloßen Zählkandidaten aufstellt, sondern den alten Parteien gegenüber sich als ein sehr ernst zu nehmender, achtunggebietender Gegner erweisen wird.

Der italienisch-türkische Krieg.

ld. Rom, 16. Juni.

Zehn Monate dauert nunmehr der Krieg, der zu Anfang als ein militärischer Spaziergang ausposaunt worden war. In den letzten Wochen sind in Zanzur und Lepti (oder Leppa) zwei blutige Gefechte geliefert worden, bei denen die Italiener nahezu 400 Mann an Toten und Verwundeten zu beklagen hatten. Trotzdem gibt jetzt der offiziöse Popolo Romano ganz offen zu, daß die beiden blutigen Siege der letzten Tage das Ende des Krieges nicht näher gebracht haben. Derselbe Popolo Romano sagt mit der größten Offenheit, daß man den Krieg in aller Ruhe fortsetzen müsse, um die wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen der Türkei zu erschöpfen. Man wird sich also auf eine Unzahl kleiner Gefechte gefaßt machen müssen, die Monate lang den Wüstensand mit Blut tränken und die Millionen der italienischen Steuerzahler verschlingen. Diese Bemerkung des Popolo Romano ist um so interessanter, als es von Anfang an gerade von offiziöser und offizieller Seite geheißen hatte, daß es im Interesse Italiens läge, die Türkei nicht zu schwächen, damit sie weiter imstande bliebe, Oesterreich im Balkan die Stirn zu bieten. Bis vor kurzem hieß es, daß die Aufrechterhaltung des status quo im Balkan, die gerade für Italien von großer Wichtigkeit ist, am besten durch eine schnelle Beendigung des Krieges gewährleistet würde. Die Türkei würde sich beeilen, Lybien abzutreten, um dann in Italien Entgegenkommen für seine finanziellen Bedürfnisse zu finden, so daß womöglich bald an Stelle des Krieges ein italienisch-türkisches Bündnis treten würde. Und jetzt will man die Türkei durch langen Krieg zur Erschöpfung und dadurch zum Nachgeben treiben!

Man denke aber nicht, daß diese neue, offizielle Lesart die nationalistischen Blätter zu einer vernünftigen und gemäßigten Auffassung des Krieges gebracht hätte! Nichts von alledem. Das Giornale d'Italia berichtet geradezu mit Hohn, daß am 14. Juni keine einzige Waffentat von dem gesamten Kriegsschauplatz gemeldet wurde. Das Blatt ist mit den beiden Gefechten noch lange nicht zufrieden und merkt selbst gar nicht, in welch großen Widerspruch es sich zu seinen eigenen Meldungen stellt, wenn es jetzt von der Notwendigkeit neuer Angriffe spricht, nachdem es soeben das feindliche Heer als aufgerieben und zerstreut ausgegeben hat. Dieses ganze Gebrüll nach neuen Schlachten, das sich so gemütlich und ungefährlich vom Redaktionstisch aus anstimmen läßt, entstammt einfach einer perversen Sensationsgier und außerdem der Illusion, daß die phantastischen Schlachtberichte für den Krieg Stimmung machen würden. Das könnten sie auch vielleicht, wenn ihnen nur nicht auf dem Fuße die Liste der Toten und Verwundeten folgte. Da man aber die Toten und Verwundeten nicht unterdrücken kann, so liegt es auf der Hand, daß eine Kriegsführung erbittern muß, die zu blutigen und gleichzeitig nutzlosen Waffentaten führt. Es läßt sich nicht verhehlen, daß die ganze Kriegführung den Eindruck macht, als ob das Kommando an Ort und Stelle, von der strategischen Nutzlosigkeit der Offensive überzeugt, blutwenig Lust hätte, das Leben der Soldaten aufs Spiel zu setzen, während man von Rom aus von Zeit zu Zeit ein Gefecht verlangt, um die nationalistische Presse in Stimmung zu erhalten. Es läuft dies auf ein ruchloses Spiel mit Menschenleben hinaus.

Ein Kampf um Midrata.

Mailand, 17. Juni. Die Italiener wurden gestern nachmittag auf dem neubesetzten Küstenplatze Misrata von den Türken und Arabern angegriffen, schlugen aber nach sechsstündigem Kampfe die Feinde zurück. Die Italiener hatten 2 Tote und 9 Verwundete, während die Araber 60 Tote auf dem Kampfplatze zurückließen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120618/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wie beim Corriere della Sera aus Athen gemeldet wird, sollen mit dem rumänischen Dampfer König Karol [illegible] verkleidete türkische Offiziere von Konstantinopel nach Alexandria (Aegypten) gefahren sein, um von dort den Kriegsschauplatz zu erreichen.

Geplänkel.

Derna, 17. Juni. (Agenzia Stefani.) Während des gestrigen Tages sind die Italiener vorgerückt und haben einige feindliche Patrouillen durch Flintenschüsse verjagt. Mehrere Kamele sind erbeutet worden.

Derna, 17. Juni. Gestern flog hier in der Nähe ein italienischer Aeroplan auf und warf in das türkische Lager Bomben, die jedoch keinen Schaden anrichteten. Der Aeroplan wurde von einem Schrapnell getroffen und fiel herab.

Besetzung von Busbeifa.

Rom, 17. Juni. (Agenzia Stefani.) Admiral Borea Ricci meldet aus Maria Pudenza durch Funkspruch: Die Ausschiffung der Truppen und des Kriegsmaterials darf als glücklich beendet angesehen werden. Die bei der Ausschiffung tätige Matrosenabteilung ist an Bord zurückgekehrt. Unsere Truppen haben auch eine Stellung bei Masgaura besetzt und diese als Operationsbasis befestigt.

In Erwartung des Feindes.

Konstantinopel, 17. Juni. Auf Befehl der Regierung sind die Archive und die Stadtkasse von Smyrna nach Marissa gebracht worden, da ein neuer Angriff der Italiener auf Smyrna als wahrscheinlich erachtet wird.

Beschlagnahmte türkische Transportschiffe.

Rom, 17. Juni. Ein Telegramm aus Athen an das Blatt Messaggero berichtet, daß das italienische Kreuzerschiff Marabinieri vier türkische Schiffe, die mit Lebensmittel und Munition für die türkische Armee in Tripolis beladen waren, in der Nähe von der Insel Chios beschlagnahmt hat.

Türkische und italienische Siegesmeldungen.

Rom, 17. Juni. Die Agenzia Stefani erklärt in einer Note: Die türkische Darstellung des Kampfes bei Lebda ist eine unwahrhaftige Mystifikation, die den Zweck hat, Europa und die öffentliche Meinung in der Türkei zu täuschen. Die erste Niederlage der Türken und Araber wird durch in einen Sieg umgewandelt, obwohl selbst die türkische Meldung zugeben muß, daß sich die Türken und Araber zurückziehen mußten. Was die Verluste anbetrifft, so wurden tatsächlich 421 Leichen der Feinde bei Lebda bestattet und Hunderte noch sehr viele auf dem Felde liegen, während die Italiener 31 Tote und 92 Verwundete hatten.

Bevorstehender Frieden im Tripoliskrieg?

Konstantinopel, 17. Juni. Wohlinformierte, diplomatische Kreise glauben, daß trotz der weiteren Zuspitzung des italienisch-türkischen Krieges das Ende desselben nicht mehr lange auf sich warten lassen werde, doch wird der Schwierigkeit der Lösung der Dardanellenfrage heute schon entscheidende größere Wichtigkeit als den afrikanischen Provinzen beigemessen.

Deutsches Reich.

„Zur Beeinflussung der Kritik."

Unsere Leser kennen wir mit fröhlichen Augen Bilder aus dem Musterstaatsleben jenes „Reichsverbandes", der eigentlich doch gegründet ist, um das Zentrum gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen. Aber die geheimnisvolle Gestalt, die sich Edith nannte, hat [illegible] einem größeren Kreis auf die Menschheit ausgeübt, als alle Reichsverbändler zusammen. Schließlich gehört zu jedem [illegible] auch die Liebesfeuerwehr.

Heute können wir ein anderes Bildchen aus dem Familienleben des Reichsverbandes zeichnen. Diesmal ist der Held der Geschichte nicht ein unverzeichneter Mecker. Auch handelt es sich nicht um Geschäfte, die gestrichen werden müssen oder angeboten werden; und nicht irdische Sorgen entblößen hier Gemüter, sondern die himmlische Musik leitet [illegible] des Reichsverbandes, der als Reichsverband zur Förderung literarischen Genusses, als Reichsknigge-verband [illegible] und diesen idealen Zwecken seine Feierstunden weiht.

Vor uns liegt ein Brief, der am Kopf das Datum des 10. April 1912 hat, [illegible] und den Namen zeigt: „Dr. Ludwig, Zweiter Hauptgeschäftsführer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie". Es wäre genauer, wenn hinzu zur Bekämpfung der Sozialdemokratie unsere Dienste leiser und [illegible] in das Geheimnis ziehen würden.

Der Brief ist an eine Verlagsgesellschaft gerichtet und hat folgenden Inhalt:

„Sehr geehrter Verlag!

[illegible] an Sie mit der Anfrage, ob Sie gewillt wären, einen [illegible] Gedichte zu verlegen, der zum Verfasser eine der bekanntesten österreichischen Schriftstellerinnen, Frau Ida Gräfin Hahn-Hahn aus Wien, hat. Diese Dame ist mit meiner Gattin persönlich befreundet, und ich möchte deshalb einen Versuch tun, um ihr den Weg vielleicht etwas zu ebnen. Ich weiß sehr wohl, daß die Herausgabe von solchen [illegible] heutzutage kein lukratives Geschäft ist. Da es aber aus verschiedenen Gründen erwünscht ist, daß ein [illegible] Band Gedichte aus ihrer Feder erscheint, schlage ich Ihnen einen Weg vor, der Ihnen den Entschluß erleichtern dürfte. [illegible] von dem [illegible] Band etwa 100 Exemplare zum Preise von [illegible] zu erwerben, die zur Beeinflussung der Kritik bestimmt sind und von mir aus an eine Reihe von [illegible] journalistischer Persönlichkeiten versandt werden, so daß Sie mit diesem Bande, dem [illegible] Inhalte, so doch den größten Teil [illegible] und nur ein ganz minimales Risiko eingehen. [illegible] weiß von diesem meinem Vorgehen nichts und soll es auch nicht wissen, denn es würde ihr widerstreben, daß ich auf diese Weise zur Herausgabe des neuen Bandes von Gedichten komme.

[illegible] M. schließt dann auch die „literarische Seite der Sache" [illegible], daß die zu ehrende Dichterin eine Zierde der [illegible] wäre; und er schließt mit der zartsinnigen Bemerkung: „Um die Verfasserin nicht zu verletzen, bitte ich Sie, für [illegible] Dame an einem besonderen Briefbogen zu reinschreiben, in dem [illegible] könnte, aus der [illegible] ich [illegible] in einem gewissen Grade finanziell beteiligt sehe."

Der mit Ehren Ergraute deutsche Kritiker wird durch den Brief [illegible], auf er [illegible] Mal notwendig lernen zu lernen [illegible] und erhält eine Neuauflage der [illegible] Meisterwerke. [illegible] Dame [illegible] Sortiment. [illegible] Lebensjahren [illegible] Liebe, mit der Liebe, mit [illegible] Hand, [illegible] Kritik [illegible] alter lyrischer [illegible].

[illegible] Ludwig also der Gehilfe des Reichsverbandes, [illegible] Wochen [illegible] Gedichte [illegible] Hundert [illegible] kaufen und [illegible] von [illegible] bekannten [illegible]. [illegible] 300 Mark [illegible] erspart werden. Herr Dr. Ludwig muß [illegible] in solchen Gesichtern haben, wie vom „Beeinflußt". [illegible] die [illegible] und geeignet waren, den Gedichten [illegible] — [illegible] — ist klar. Also mußte sich Herr Dr. Ludwig nicht aus der Gedankenwelt seiner reichsverbändlerischen persönlichen Beziehungen verlassen — zur Beeinflussung der Kritik. Woraus zu ersehen, daß es auch in der literarischen Kritik Reptile gibt. Schade nur, daß wir nicht die Adressen der zu beeinflussenden Kritiker kennen. Ob man den Umsatz bekämpft oder den Kunstmarkt beeinflußt — es ist immer die gleiche Mache.

Der konservative Kardinal.

Im heftig tobenden Gewerkschaftsstreit der katholischen Brüder kommen mancherlei interessante Tatsachen zutage. Die der Kölner Richtung dienende Augsburger Postzeitung macht eine Enthüllung, die Aufsehen verursachen dürfte. In einer Polemik gegen den Groß-Lichterfelder Pfarrer Beyer, der die Huldigungsadresse gegen die „Kölner" dem Papst überbrachte, schreibt sie:

„Nun noch eine Frage an Herrn Pfarrer Beyer. Er verklagt in Rom dreihunderttausend katholische Arbeiter mit ihren Führern, weil sie im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kampf mit den gläubigen Protestanten zusammengehen. Ist er sich bei dieser Anklage nicht bewußt geworden, wie sehr er dabei seinen eigenen Fürstbischof ins Unrecht setzt und verklagt? Denn Kardinal Kopp hat allezeit dieses Zusammenarbeiten gewünscht und praktisch betätigt, so auch als Mitglied der konservativen Fraktion des Herrenhauses, die sicherlich zu zwei Dritteln aus Protestanten sich zusammensetzt und bei der der hochwürdige Herr Kardinal noch vor nicht sehr langer Zeit seine Zugehörigkeit durch ein größeres Geldgeschenk bezeugt hat.

Hier wird behauptet, daß der Breslauer Kardinal, eine der allereinflußreichsten Personen des deutschen Katholizismus, unter Umgehung sogar des Zentrums sich zu den Feudalsten der preußischen Feudalen, zu den Mirbachs und Manteuffels des Herrenhauses, den grimmigsten Feinden des preußischen Volkes, gesellt, und daß er diese konservative Feudalclique mit Geldgaben unterstützt.

Der Angriff der Augsburger Postzeitung hat aber wohl auch noch eine besondere Bedeutung. Die „Kölner" vermuten, daß Kardinal Kopp hinter den Bestrebungen ihrer Berliner Widersacher steht. Kardinal Kopp soll also beschuldigt werden, daß er selbst mit konservativen Protestanten zusammenarbeitet, wenn es gilt, die Reaktion zu fördern, daß er aber den katholischen Arbeitern dies Zusammengehen mit den Evangelischen versagt.

Der christlich-brüderliche Streit im Zentrumslager scheint ja noch recht anmutige Enthüllungen bringen zu sollen.

Ein neuer elsaß-lothringischer „Fall".

Zu einem von der alldeutschen Presse aufgegriffenen neuen Fall, in dem bei einer Versammlung des „Souvenir français" in Saargemünd eine deutschfeindliche Rede gehalten und gegen den Kaiser beleidigende Worte gefallen sein sollen, so daß auf eine Anzeige der Kreisdirektion hin der Staatsanwalt Anklage auf Majestätsbeleidigung erhoben hat, wird mitgeteilt, daß eine solche Anklage nur gegen den Fabrikdirektor Schatz erhoben worden ist, der auch wegen Fluchtverdachts verhaftet wurde. Schatz drehte die Kaiserbüste gegen die Wand hin und soll sich in angeheiterter Stimmung einige taktlose Aeußerungen haben zuschulden kommen lassen. Schatz ist Angestellter der Saargemünder Fayencefabrik. Es wurden noch zwei weitere Mitglieder des „Souvenir" verhaftet.

Es handelt sich offenbar um eine ganz besoffene Geschichte. Schatz soll, nachdem er die Kaiserbüste umgedreht hatte, gesagt haben: „Wir kannten ihn bisher nur von einer Seite, wir wollen ihn auch von der anderen Seite kennen lernen."

Es ist doch lächerlich, daß wegen einer solchen Albernheit eine große Aktion unternommen wird.

Der Kampf um die Besitzsteuer.

An dem Aufsatz, in dem die Leipziger Ztg., das halbamtliche Organ der sächsischen Regierung, den Ausbau der Reichserbschaftssteuer empfiehlt, gefällt der Deutschen Tagesztg. nur die Forderung, die Steuer so zu gestalten, daß das mobile Kapital nicht durch die Maschen des Gesetzes schlüpfen könne. Die Ansicht, daß man unter keinen Umständen die „Veredelung" der Matrikularbeiträge als Erfüllung des Besitzsteuerprogramms ansprechen dürfe, will das Agrarterblatt dagegen nicht teilen:

„Wenn die Leipziger Zeitung meint, die Bedenklichkeiten, die eine weitere Inanspruchnahme der bundesstaatlichen Finanzen für das Reich im Gefolge haben würde, fielen bei einer Reichserbschaftssteuer fort, so haben wir bereits wiederholt nachgewiesen, daß das eine unzutreffende und recht kurzsichtige Auffassung ist: Die Finanzen der Bundesstaaten würden bei einer Erhöhung der Matrikularbeiträge, die immer eine mäßige Grenze behalten würden, auf die Dauer jedenfalls weit besser fahren, als bei einer Erbschaftssteuer, deren Verschärfung bei jeder neuen Gelegenheit beantragt und wohl auch durchgesetzt werden würde, und die deshalb auf die einzelstaatlichen Vermögenssteuern in nicht ferner Zeit eine recht deutliche Wirkung ausüben müßte."

Die Gründe der agrarischen Begeisterung für die Erhöhung der Matrikularbeiträge haben wir bereits gestern gekennzeichnet.

Gefängnis für die Wahrung des Wahlgeheimnisses!

Im Wahlkreise des freikonservativen Abg. Arendt-Mansfeld hat man als Wahlurnen auch die berüchtigten Gefäße, die im Junkerparadies Terrinen sind und die eine peinliche Kontrolle der Abstimmung ermöglichen. In Viesdorf benutzte man als Wahlurne eine schmale Kakesbüchse und legte natürlich die Stimmzettel-Kuverts schön der Reihenfolge nach hinein. Ein Durcheinanderschütteln war auch wegen der Kleinheit des Gefäßes gar nicht möglich. Das Wahlgeheimnis der 54 Wähler, die dort ihre Stimme abgegeben hatten, war also aufs äußerste gefährdet. Der sozialdemokratische Wahlkontrolleur, Genosse Mädel, verlangte, daß die Wahlkuverts vor der Eröffnung durcheinandergeschüttelt werden. Der Wahlvorsteher verweigerte das, und nun griffen Mädel und einige an der Wahrung des Wahlgeheimnisses interessierte Arbeiter selbst zu und schüttelten die Kuverts durcheinander. Die Strafkammer in Halle hat am Montag vormittag den Genossen Mädel und einen Arbeiter Hoffmann deswegen zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die anderen wurden freigesprochen, nur weil nicht festzustellen war, in welchem Maße sie sich „schuldig" gemacht haben.

In einem Staate, in dem Wahlfreiheit und Wahrung des Wahlgeheimnisses gesetzliche Pflicht sind, würde der Wahlvorsteher zu bestrafen gewesen sein, in Preußen-Deutschland bestraft man diejenigen, die, um das Wahlgeheimnis zu schützen, notgedrungen zur Selbsthilfe greifen. Herr Arendt aber darf sich rühmen, aus der ungesetzlichen Kakesbüchse als Sieger hervorgegangen zu sein.

Eine alte Zentrumslüge in neuer Auflage.

Soeben erschien im M.-Gladbacher Verlag des katholischen Volksvereins das zweite Heft der Staatsbürger-Vorträge, in denen u. a. wiederum behauptet wird: „Jeder erste Sozialdemokrat muß und will daher den Bauer auf seiner Scholle sterben und verderben lassen" . . . und „darum stimmen die Genossen im Reichstag auch z. B. nicht für das erste Wuchergesetz im Jahre 1880, das den Geldwucher brandmarkte."

Diese Lüge ist zwar von unserer Presse sehr oft als solche entlarvt worden, aber das ficht die frommen Zentrumsdemagogen nicht an; sie lügen frech weiter. Wir machen nun abermals darauf aufmerksam, daß in den vom Vorwärts-Verlag herausgegebenen „Wahllügen der bürgerlichen Parteien" aus dem stenographischen Bericht der Reichstagssitzung vom 20. April 1880 nachgewiesen ist, daß unser Genosse Abg. Kayser bei Beratung des Wuchergesetzes im Namen seiner Kollegen erklärt hat: „Ich habe große Bedenken gegen die Rechtsprechung, weil der Richter das richtige Verständnis für das, was Wucher ist, nicht hat. Aber trotz aller Bedenken erkläre ich, daß ich hier, wo mir die roheste und abscheulichste Form der Ausbeutung entgegentritt, zur Beseitigung dieser Form beitragen will. Ich halte das Gesetz für ein solches, das den Aermeren vor dem Reicheren soviel wie möglich schützen soll. . . . Ich werde also für das Gesetz stimmen."

Dementsprechend stimmte Kayser und stimmten sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten, die bei der Abstimmung zugegen waren, für das Wuchergesetz vom Jahre 1880. —

Die Zentrumslüge stammt aus den vom evangelischen Pastor Hülle redigierten Flugblättern von 1897. Bereits damals hat der Vorwärts nachgewiesen, daß die Behauptung unwahr ist, und der damalige Staatssekretär Graf v. Posadowsky hat am 18. Dezember 1897 erklärt: „Die Behauptung, die Sozialdemokraten hätten den Wucher begünstigt, ist absolut nicht aufrechtzuerhalten." — Die evangelischen Verleumdungen verstummten darauf, aber die katholischen werden, wie der Augenschein beweist, unverfroren fortgesetzt.

Wir nageln diese Kampfesweise des Zentrums hiermit nochmals fest!

Ein Kulturwerk von Bedeutung.

Für die bayrische Pfalz wird in Homburg, in der Nähe der pfälzischen Kohlengruben, eine elektrische Ueberlandzentrale errichtet, die etwa 80 Stadt- und Landgemeinden mit Elektrizität versorgen soll. Das Elektrizitätswerk ist als Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 8½ Millionen Mark gedacht. Von diesem Kapital sollen der Kreis 3,9 Millionen, die Städte 2,6 Millionen und die Schuckertgesellschaft 2 Millionen Mark übernehmen. Den Landgemeinden muß der Kreis 900 000 M. zur Beteiligung überlassen. Auf je 500 000 M. kommt ein Aufsichtsrat, so daß das Privatkapital (Schuckert) mit vier Aufsichtsräten stets dem Kreise und den Gemeinden gegenüber in der Minderheit ist. Strompreisänderungen können nur mit Dreiviertelmajorität des Aufsichtsrates vorgenommen werden, so daß eine Ausbeutung der Konsumenten durch die betriebsführende Firma so gut wie ausgeschlossen ist. Die Aktien sind unveräußerlich. Nach 25 Jahren muß die Privatfirma ihren Besitz auf Wunsch der Allgemeinheit käuflich abtreten. Auch sonst sind die Bedingungen des Vertrages für Kreis und Gemeinden sehr günstig. Es erfolgt die Abgabe des Stromes an Private und industrielle Unternehmen nicht durch die Zentrale, sondern durch die Gemeinden, jedoch sind auch hier Ausnahmen auf Wunsch zulässig.

Erst durch den lebhaften Protest unserer Parteigenossen im Lande wurde die bayrische Regierung davon abgehalten, die geplante Zentrale der Rheinischen Schuckertgesellschaft auszuliefern, die bereits einen Kohlenlieferungsvertrag mit den pfälzischen Staatsgruben abgeschlossen hatte. Die Regierung weigerte sich aber entschieden, das Elektrizitätswerk in eigene Regie zu nehmen.

Der Stadtrat zu Ludwigshafen a. Rh. beschloß in seiner letzten Sitzung den Anschluß der Stadt an die Zentrale und die Abtretung des eigenen Elektrizitätswerkes an die Aktiengesellschaft Ueberlandzentrale gegen einen Kaufpreis von 1¼ Millionen Mark. Unter den fadenscheinigsten Gründen stimmten alle bürgerlichen Stadträte gegen die Beteiligung an der Ueberlandzentrale. — Durch die Abgabe seines Werkes und die Beteiligung an der Zentrale hat Ludwigshafen einer großzügigen Ausführung des Projektes die Wege geebnet, denn nunmehr ist der Anschluß der übrigen größeren Städte wie Kaiserslautern, Pirmasens, Speyer so gut wie gesichert. Daß die bürgerlichen Parteien gegen den Anschluß stimmten, liegt in ihrer Gegnerschaft zur Kommunalisierung der Betriebe; sie hätten lieber das Ganze dem Privatkapital überlassen. Für unsere Genossen aber lag um so weniger Veranlassung vor, dagegen zu stimmen, als auch in bezug auf die Arbeitsverhältnisse vertragliche Regelung zugesichert worden ist.

Die Oberversicherungsämter.

Zur Durchführung der Reichsversicherungsordnung haben die zuständigen Minister den beteiligten Stellen eine Aufstellung der vom 1. Juli 1912 ab in Preußen bestehenden Oberversicherungsämter gegeben, von denen 38 als „Allgemeine Oberversicherungsämter" bezeichnet werden. Die allgemeinen Oberversicherungsämter sind mit zwei Ausnahmen bei allen Regierungen für deren Bezirk eingerichtet worden. Die betreffenden Regierungspräsidenten sind die Vorsitzenden. Außerdem werden Oberversicherungsämter in Groß-Berlin, Dortmund, sowie solche für die Bergwerks- und Eisenbahndirektionsbezirke errichtet. — Für die Leitung von 20 allgemeinen Oberversicherungsämtern sind Oberregierungsräte in Aussicht genommen. Die übrigen Aemter werden an leitender Stelle mit Regierungsräten besetzt.

Der „Reichsverband deutscher Presse" hielt am Sonntag in München seine Hauptversammlung ab. Man beschäftigte sich auch mit der Gerichtsberichterstattung. Der bayrische Justizminister v. Thelemann überraschte durch die richtige Bemerkung, daß erst die Berichterstattung der Presse die Oeffentlichkeit der Verhandlungen herbeiführe. Er, sowie mehrere journalistische Redner wandten sich gegen eine sensationshaschende Berichterstattung, namentlich über Unsittlichkeitsprozesse. Man faßte auch eine Resolution, die das Bestehen solcher Mißstände zugibt, aber man strich bezeichnenderweise den Satz, der die Verleger auffordern wollte, solche Löhne zu zahlen, wie sie anständige und tüchtige Journalisten fordern müßten. Daß man, oder wenigstens die Redner des Kongresses, von irgendwelcher gewerkschaftlicher Tätigkeit noch weit entfernt ist, zeigte die Peinlichkeit, mit der jede Stellungnahme gegen die Verleger vermieden wurde. Immerhin erklärte der Referent Stoffers unter großem Beifall, wenn die Journalisten sich auf den Standpunkt stellten, die Zeitung sei nur ein kapitalistisches Unternehmen, das hohe Dividenden liefern müsse, wären sie ehrlose Soldschreiber und Tintenkulis.

Man faßte auch eine Resolution gegen die Zeugniszwangschande.

Die Flugpost vom Reichspostamt genehmigt. Das Reichspostamt hat den Weiterbetrieb der Flugpost am Rhein und Main genehmigt. In der nächsten Woche wird eine neue grüne Marke zu 30 Pf. herauskommen, die auf alle Postkarten geklebt werden kann. Auch die gewöhnlichen Reichspostkarten können durch Bekleben dieser Marken zu Luftpostkarten gemacht werden.

Kleine politische Nachrichten. Auf dem italienischen See Bracciano sind in den letzten Tagen mit Geschützen Schießversuche gegen Flugapparate, Luftschiffe und Freiballons ausgeführt worden. Diese Versuche brachten einen vollen Erfolg, und das Modell des Geschützes ist nunmehr definitiv von der italienischen Armee erworben worden. — Der portugiesische Ministerpräsident stellte der Deputiertenkammer die neu ernannten Minister vor und verlas sodann das Programm der neuen Regierung. Das neue Ministerium fand in der Kammer eine gute Aufnahme. — Der Wali von Kossowo berichtet, daß er sich nach Djakowa begeben habe, auf die Nachricht hin, daß die Aranaten im Norden des Wilajets kleine Banden von 10 oder 15 Mann bilden, und daß sie bereits zahlreiche Verbrechen verübt haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120618/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Schudscha ed Dauleh ließ in Täbris Bekanntmachungen anschlagen, in denen erklärt wird, er habe Maßregeln gegen die Räubereien der Schahsewennen auf dem Wege von Ardebil nach Täbris getroffen. Er fordert die Kaufleute auf, den unterbrochenen Transport der Waren wieder aufzunehmen, da er von der Gefahrlosigkeit des Weges überzeugt sei.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Staatsstreich in Ungarn.

Budapest, 17. Juni. (Privattelegramm.) Während die Arbeiterschaft den Beschluß des Oberhauses, womit die von der Mehrheit des Reichstags in ungesetzlicher Weise beschlossene Wehrvorlage angenommen wurden, voraussah, wurde die Bürgerschaft durch den Beschluß überrascht und in große Entrüstung versetzt. Die Sonntag in den Provinzstädten einberufenen Protestversammlungen waren von Arbeitern und Bürgern sehr stark besucht. Von den 48 in den verschiedenen Städten anberaumten Versammlungen konnten aber nur 14 abgehalten werden, da in den anderen Städten die Behörden die Versammlungen verboten und alle Vorbereitungen getroffen hatten, gegen die Versammelten einzuschreiten. Die Versammlungsredner erklärten: Zwar sei jetzt der Staatsstreich gelungen, aber die oppositionellen Mitglieder und die Führer der Arbeiterschaft werden in der nächsten Zeit das Land von Ort zu Ort bereisen und das Volk vorbereiten zum Kampfe, der im Herbste bei der Eröffnung des Reichstages und bei der Vorlegung des Wahlrechts-Gesetzentwurfes wieder beginnen und in stärkerer Heftigkeit als bisher geführt werden wird.

In allen Versammlungen war die Erregung groß. Militär und Gendarmerie wurde an allen Orten bereit gehalten. Im Laufe dieser Woche werden neue Protestversammlungen im Lande stattfinden.

Unser Budapester Parteiorgan wurde am Sonntag wieder konfisziert: angeblich wegen eines Artikels gegen das Oberhaus.

Welche Erregung der Staatsstreich Tiszas im Volke verursacht hat, wird auch durch das Ergebnis der Sammlung, die für die Opfer der Revolution eingeleitet wurde, bewiesen. Spontan, ohne jede Aufforderung, machte sich unter der Arbeiterschaft die Bewegung kund, als die Zahl der Verwundeten und Inhaftierten vom 23. Mai bekannt wurde. Und obwohl das Sammeln in Ungarn verboten ist, hat die Sammlung für die Opfer bereits 68 000 Kronen ergeben.

Die letzte Sanktionierung der Wehrvorlagen.

Wien, 17. Juni. Nachdem die deutsch-tschechische Verständigungsaktion vor dem Abschlusse steht und von tschechischer Seite den Wehrvorlagen kein Hindernis mehr in den Weg gelegt wird, ist man in parlamentarischen Kreisen der Ansicht, daß der Kaiser bereits Ende Juni in die Lage kommen wird, den Wehrvorlagen und dem neuen Militär-Strafgesetz die Sanktion zu erteilen.

Belgien.

Klerikale Wahlfälschungen.

Brüssel, 17. Juni. Die klerikale Partei hat, wie nunmehr festgestellt ist, bei den Parlamentswahlen in Belgien am 2. Juni ungeheure Wahlfälschungen und Bestechungen zu ihren Gunsten vorgenommen. Die liberale Gazette meldet, daß die Brüsseler Staatsanwaltschaft deswegen bereits gegen 4000 Personen Strafverfahren eingeleitet habe. Die Wahlkorruption soll in einem geradezu ungeheuerlichen Umfange ausgeübt worden sein. Die Opposition wird bei Eröffnung der Extrasession im Juli den Ministerpräsidenten darüber interpellieren.

Eine portugiesisch-royalistische Vergiftungsaffäre.

Brüssel, 17. Juni. In Brügge hält sich seit einiger Zeit eine Anzahl Portugiesen auf, und man nimmt an, daß ihre Anwesenheit mit einer royalistischen Verschwörung zusammenhängt. Vor kurzem wurde in Brügge ein anscheinend für die portugiesischen Royalisten angelaufenes angebliches Verschwörerschiff beschlagnahmt. Jetzt hat sich hier eine mysteriöse Vergiftungsaffäre ereignet, die nach den bisherigen Feststellungen mit der royalistischen Bewegung in Portugal in Verbindung gebracht wird. In einem vornehmen Hotel Brügges sind nämlich die Leichen einer Dame und eines Herrn gefunden worden. Die Dame war erdrosselt, der Herr hatte sich durch eine Strychnineinspritzung getötet. Bei den Toten wurden Papiere gefunden, welche die Unterschrift Pavia Couceira trugen. Couceira aber ist der Name eines der Hauptführer der portugiesischen Royalisten. Die Polizei untersucht nun, ob zwischen der ermordeten Frau, dem vergifteten Manne und den in Brügge augenblicklich weilenden Portugiesen irgendwelche Beziehungen bestanden. So viel ist bis jetzt sicher, daß in der letzten Zeit in der ganzen Umgegend Brügges, in den Badeorten Ostende, Heist, Blankenberghe über 300 Portugiesen gewohnt haben. Es waren lauter junge, kräftige Männer von militärischem Aeußeren. Es kann heute als bestimmt angesehen werden, daß sie von Brügge aus nach Portugal fahren wollten, um das alte Königtum wiederzubegründen. Die belgische Regierung beabsichtigt, diese unwillkommenen Gäste jetzt auszuweisen.

Frankreich.

Die Wahlreform.

Paris, 17. Juni. Die Kammer trat heute in die 2. Lesung der Wahlreform ein. Der ehemalige Minister Augagneur beantragte einen vermittelnden Gesetzentwurf und appellierte an die Einigkeit aller Republikaner. Ministerpräsident Poincaré erklärte, er müsse den Gesetzentwurf Augagneurs ablehnen.

Poincaré hat beschlossen, sich für die Ablehnung des Gesetzentwurfs Augagneurs einzusetzen und, um die parlamentarische Lage zu klären, zurückzutreten, wenn er in dieser Frage nicht die Mehrheit der Republikaner hinter sich habe. Alle endgültigen Entschlüsse werden erst im Ministerrat gefaßt werden, der morgen stattfinden soll.

England.

Die Wahlreform.

London, 17. Juni. Unterrichtsminister Pease brachte im Unterhaus die Regierungsvorlage über die Wahlrechtsreform ein. Der Minister erklärte, die Vorlage schaffe das Pluralwahlsystem und die Vertretung der Universitäten ab und beseitige alle Anomalien, die im Wahlgesetz vorhanden wären. Die einzige Bedingung für Ausübung des Stimmrechts sei, daß der Wähler sechs Monate lang ununterbrochen seinen Wohnsitz im Wahlkreise gehabt oder dort seinen Beruf ausgeübt habe. Die Regierung beabsichtige später eine Vorlage über die Neueinteilung der Wahlkreise einzubringen. Es sei aber vorher notwendig, daß die Wahlvorlage Gesetz werde. Gegenwärtig besäßen etwa 4 Millionen Männer kein Stimmrecht; es sei ausgerechnet worden, daß unter dem neuen Gesetz etwa 2 bis 2½ Millionen Stimmen zu der Wählerschaft hinzukommen würden. Der Minister erwähnte, daß, wenn auch den Frauen das Stimmrecht gewährt worden würde, etwa 10½ Millionen Frauen stimmberechtigt würden. Vor dem 1. Juni 1914 werde das Gesetz nicht in Kraft treten. Nur im Falle einer allgemeinen Wahl könne es vorher zur Anwendung kommen, während Nachwahlen noch nach dem alten Wahlsystem vorgenommen werden müßten.

Von den Gegnern der Vorlage ging F. E. Smith, der unionistische Abgeordnete von Liverpool und einer der jüngsten, aber tatkräftigsten Tories, sehr energisch gegen die Regierungsvorlage vor. Er fragte, ob das Haus das Recht habe, eine so weitausgreifende und verwickelte Frage in einer bereits überlasteten Session anzuschneiden. Die Zeit fehle, um die Vorlage durchzuberaten. Er erklärte, es sei unter diesen Umständen geradezu skandalös, das Gesetz überhaupt vorzulegen. Er erinnerte den Premier an seine Versicherungen über das Frauenstimmrecht und erklärte, er glaube nicht an die Wirksamkeit des jetzt vorgeschlagenen Gesetzes. Er sei einer Aufnahme neuer Bürger unter die Wähler nicht abgeneigt, wenn es wahrscheinlich gemacht werden könne, daß diese Klasse aus nützlichen und intelligenten Bürgern (?!) bestehe, die das Wahlprivilegium wünschten, und die so das Unterhaus zu einem noch treueren Spiegelbild der besten Elemente in jedem Landesteil machen würden. Mit dieser Feststellung stellt sich dieser einflußreiche Unionist auf den Standpunkt der alten englischen Ueberlieferung, die nur Wahlprivilegien und deren allmähliche Erweiterung, aber kein allgemeines und gleiches Wahlrecht kennt.

Smith sprach dann noch von der beispiellosen wirtschaftlichen Unruhe. Von Vorschlägen, wie sie die Regierung jetzt mache, hätte man früher nicht zu träumen gewagt, so schwerwiegend seien sie. Etwas höhnisch fragte Smith, ob bei Annahme des Gesetzes die Auflösung des Parlaments erfolgen werde. Nach Smith sprachen noch zwei Konservative.

Amerika.

Rassenmorde in Kuba.

Neuyork, 17. Juni. Die Situation in Kuba ist keineswegs günstig, da die Erregung unter den Rassen wächst. Das scharfe Vorgehen gegen die Neger veranlaßt diese zu Mordtaten an Weißen. Der kubanische Negergeneral Antomarchi hat eine Proklamation erlassen, in der er ankündigt, daß er alle Fremden hängen lassen werde, die ihre Heimstätten nicht innerhalb 24 Stunden verlassen haben. Er begründet diese Maßregel mit dem Vorgehen der kubanischen Truppen gegen am Aufstand unbeteiligte Neger, die angeblich überfallen und erschlagen werden. Antomarchi richtet an die fremden Konsuln die Frage, was er mit den Besitzungen der Gehängten tun solle. Falls er keine Antwort erhalte, werde er sie in Brand stecken. Das Staatsdepartement in Washington soll dem kubanischen Kammerpräsidenten Ferrera Andeutungen gemacht haben, aus denen er annimmt, daß die Intervention der Vereinigten Staaten in wenigen Tagen erfolgen werde, da die kubanische Regierung offenbar nicht imstande sei, den Aufstand allein niederzuwerfen. Der amerikanische Konsul in Santiago berichtet, das Territorium Elcobre sei wegen der Furcht vor den Negern entvölkert. In der Stadt Elcobre seien an 3000 Flüchtlinge eingetroffen.

China.

Die Meuterei der Mandschuabteilung.

Peking, 17. Juni. Die Mandschuabteilung ist in der letzten Nacht nach Peking mit der Absicht aufgebrochen, die Zahlung zu verlangen. Die Truppen Juanschikais stellten sich ihr entgegen und unterdrückten den Ausbruch einer Meuterei. Die Führer wurden verhaftet. Auch in anderen Provinzen drohen Meutereien auszubrechen, falls die Soldaten ihren Sold nicht bekommen. Die Regierung hat sich angesichts dieser Lage an die internationale Bankgruppe gewandt, die einen Vorschuß von drei Millionen Taels gewährt hat. Trotz dieser beunruhigenden Erscheinungen ist der Einfluß Juanschikais ständig im Wachsen.

Soziales.

Internationaler Heimarbeiterschutzkongreß in Zürich am 8. und 9. September 1912.

Z. Das Aktionskomitee zur Förderung des Heimarbeiterschutzes in der Schweiz ladet zu diesem Kongreß in der Presse ein, der an den genannten Tagen im Volkshaus in Zürich stattfindet und der einberufen wird vom internationalen Heimarbeitsamt in Brüssel. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Vergleichung der verschiedenen Gesetzesvorlagen über die Heimarbeit. Organisation der Lohntarife. 2. Organisation der Inspektion vom ärztlichen Gesichtspunkte aus und von dem der gesetzgeberischen Maßnahmen. 3. Berufsorganisation und Kollektivverträge. 4. Mitwirkung der Konsumenten.

Einzelpersonen haben gegen Lösung einer Kongreßkarte, deren Preis 10 Frank beträgt, zum Kongreß Zutritt. Arbeiterorganisationen können sich ohne alle Kosten durch Delegierte mit schriftlichem Mandat vertreten lassen. Anmeldungen sind direkt an das Internationale Heimarbeitsamt in Brüssel (Rathaus) oder an das genannte schweizerische Aktionskomitee zu richten.

Neues aus aller Welt.

Mann und Frau vom Herzschlag ereilt.

Metz, 17. Juni. Der Bürgermeister von Uckingen, Ensel, wurde am Sonnabend auf dem hiesigen Bahnhofe von einem Herzschlage betroffen und verstarb bald darauf. Seine Gattin, die herzugeeilt war, regte sich über den Tod ihres Mannes dermaßen auf, daß sie nach Verlauf kaum einer Stunde ebenfalls vom Herzschlag getroffen wurde.

Explosion.

Aussig, 18. Juni. In der Schönpriesener Zuckerraffinerie explodierte ein Reservoir mit 15 000 Zentner Melasse. Die Gewalt der Explosion war so heftig, daß das Dach durchgeschlagen und die Seitenwände zertrümmert wurden.

Flugunglück.

Paris, 17. Juni. Der zweite und letzte Tag des Rundflugs brachte in Angers gleich zu Beginn einen schweren Unfall. Allard flieg gegen 9½ Uhr mit vier Mechanikern als Passagieren auf. Sein Apparat wurde indes vom Winde bald niedergedrückt und stürzte aus einer Höhe von 30 Meter ab. Durch ein außergewöhnliches Glück kamen Allard selbst und drei seiner Passagiere ohne große Verletzungen davon. Der vierte Passagier erlitt einen schweren Beinbruch.

Apachenallwut.

Paris, 17. Juni. Einen lebhaften Alarm gab es heute nacht um 11 Uhr auf dem Volksfeste von Billancourt, einer in der südwestlichen Pariser Banmeile gelegenen Ortschaft. Als die Volksbelustigungen sich gerade auf ihrem Höhepunkt befanden, brachen plötzlich etwa zwölf Männer ein, die ohne Veranlassung blindlings in die Menge hineinfeuerten. Eine furchtbare Panik entstand unter den Leuten, und alles flüchtete so schnell als möglich. Niemand dachte auch nur daran, die Banditen festzunehmen oder sich um die zahlreichen Verwundeten zu bemühen. Nach „getaner Arbeit" begaben sich die Banditen in die Nähe der Rue Jean Jacques Rousseau, wo sie einen armselig gekleideten Mann allein auf der Straße sahen. Auch auf ihn feuerten sie, und von fünf Kugeln getroffen, sank der Mann zu Boden. Jetzt langten ein paar Schutzleute auf dem Tatorte an und fanden den Erschossenen, den sie in eine nahe Apotheke brachten.

Einsturz eines Tanzsaales.

London, 17. Juni. Während einer Hochzeitsfeier in Konstane Grove brach plötzlich der Boden des Tanzsaales ein, wobei 16 Personen schwere und leichtere Verletzungen davontrugen. Daß niemand getötet wurde, ist wohl hauptsächlich dem Umstande beizumessen, daß das den Boden bedeckende starke Wachstuch den meisten Anwesenden Gelegenheit gab, langsam in den Keller hinabzugleiten. Erst das Geschrei der Verunglückten ließ die Nachbarn erwachen und zu Hilfe kommen.

Opfer eines Sturms.

Jekaterinenburg, 17. Juni. Auf dem 35 Quadrat-Werst großen See bei Werchne Neiminsk sind infolge heftigen Sturms viele Fischerboote und Fahrzeuge mit Ausflüglern gekentert. Bisher sind zehn Ertrunkene geborgen. Fortgesetzt werden leere Boote an Land geschwemmt.

Acht Todesopfer einer Brandstifterin.

Petersburg, 17. Juni. Im Dorfe Anissimowskoe zündete während eines Trinkgelages ein Bauernweib das Haus der Zecher an, wobei acht Personen umkamen und 15 Gehöfte niederbrannten.

Wirbelstürme in Amerika.

Neuyork, 17. Juni. Furchtbare Wirbelstürme, die von außerordentlich starken Wolkenbrüchen begleitet waren, haben in Kansas und Ohio große Verheerungen angerichtet. Mehr als 30 Personen sind bei dem Unwetter getötet worden. Einzelheiten über die Wirkungen des Sturmes fehlen noch vollkommen, weil alle telegraphischen Verbindungen unterbrochen sind. In Zaneswille in Ohio ist infolge des Sturmes der Kirchturm der katholischen Kirche während des Gottesdienstes eingestürzt. Unter den Kirchenbesuchern entstand eine furchtbare Panik. Alles drängte aus der Kirche heraus, da man befürchtete, daß das ganze Gotteshaus einstürzen würde. In dem Gedränge wurden zwei Personen getötet.

Unwetter und Ueberschwemmungen.

Hirschberg, 17. Juni. Im Riesen- und Isergebirge gehen noch fortgesetzt heftige Regengüsse und Gewitter nieder. In Matzdorf wurde der Arbeiter Müller vom Blitz erschlagen und der Stellenbesitzer Wendrich betäubt.

Köln, 18. Juni. Der Rhein ist in seinem Oberlaufe über zwei Meter gestiegen. In Kleinlaufenberg und anderen Orten herrscht Hochwasser. Vielfach mußten die unteren Stockwerke der Häuser geräumt werden.

Freiburg i. Br., 17. Juni. Infolge andauernden Regens ist der Rhein in seinem Oberlauf mit seinen Nebenflüssen vielfach über die Ufer getreten. Die Ortschaften Badisch-Rheinfelden, Nollingen und Minseln sind teilweise überschwemmt. Die Bewohner mußten sich in die oberen Stockwerke flüchten. Bei Klein-Laufenburg sind die linksrheinischen Schienenwege überflutet.

Verhaftung des Stationsvorstehers von Malmslätt.

Stockholm, 17. Juni. Die Untersuchung über die Ursache des furchtbaren Eisenbahnunglücks bei Malmslätt hat ein geradezu unglaubliches Resultat zutage gefördert. Der Stationsvorsteher in Malmslätt ist allein an der Katastrophe schuld. Er hat den Leichtsinn gehabt, das gesamte Signalwesen des Bahnhofs einem einfachen Kontoristen zu übertragen. Dieser war im Eisenbahnsignalwesen überhaupt nicht ausgebildet und daher vollkommen hilflos, als der Fahrplan durch die Verspätung des Berliner Zugs nicht mehr innegehalten wurde. Er verwechselte die Signale und gab dem Schnellzug aus Berlin das Gleis frei, auf dem der Güterzug im Bahnhof von Malmslätt stand. Der Bahnhofsvorsteher sowie der Kanzleibeamte wurden in Haft genommen.

Wetterbericht von der Wetterfäule an der Kurolabrücke.

Vom 18. Juni, mittags 12 Uhr.

Barometer 756. Veränderlich.
Thermometer + 18° R.
Thermometergraph: Min. — 8, Maxim. + 18.
Hygrometer 68 %.
Wasserstand — 117 cm. Wasserwärme 14° R.

Letzte Telegramme.

Das ungarische Parlament vor neuen Stürmen.

Budapest, 18. Juni. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die heute wieder beginnenden Beratungen des Abgeordnetenhauses abermals zu Skandalszenen im Parlament führen werden. Die von der Opposition während der letzten Ruhepause in der Provinz veranstalteten Protestversammlungen lassen darüber keinen Zweifel. Der Führer der extremsten Opposition, der frühere Präsident des Abgeordnetenhauses Julius v. Justh, erklärte in der Stadt Mako: „Solange Lukacs Ministerpräsident ist, kann an ruhige Beratungen im Hause nicht gedacht werden." Die Polizei trifft bereits ihre Maßnahmen. Das Militär- und Gendarmerieaufgebot in der Hauptstadt wurde uneingeschränkt aufrechterhalten.

Portugiesisches.

Paris, 18. Juni. Nach Blättermeldungen aus Lissabon verurteilte der Gerichtshof von Oporto den Führer der royalistischen Verschwörer, Hauptmann Peira Conceiro in Abwesenheit zu 6 Jahren Gefängnis und 10 Jahren Verbannung.

Die Autonomiesehnsucht der ägäischen Inseln.

Athen, 18. Juni. Die Vertreter der zwölf von den Italienern besetzten Inseln des Archipels sind in Patmos zusammengekommen, um über die Zukunft der Inseln zu beraten. Sie haben beschlossen, sich an den General Ameglio zu wenden und ihn zu bitten, die Inseln mit dem Königreiche Griechenland zu vereinigen. Falls diese Lösung unmöglich sein sollte, fordern sie vollständige Autonomie. Zu gleicher Zeit haben sie die autonome Flagge gehißt, die ein weißes Kreuz auf blauem Grunde zeigt.

Der Streik in Odessa.

Odessa, 18. Juni. Infolge der Weigerung der Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen, ist die Werft der Russischen Gesellschaft für Schiffahrt und Handel auf unbestimmte Zeit geschlossen worden. Sämtliche Arbeiter erhalten ihre Abrechnung.

Von der Fremdenlegion.

Paris, 18. Juni. Wie aus Oran gemeldet wird, wurden in Nanurs in Algerien zwei Engländer namens Broodie und Williams in dem Augenblicke verhaftet, als sie an Bord eines algerischen Dampfers nach Tanger abreisen wollten. Broodie ist ein englischer Offizier, der sich vor kurzem für die Fremdenlegion anwerben ließ. Es heißt, daß Williams, der sich für einen Studenten ausgibt, Broodie zur Flucht verhelfen wollte.

Eröffnung des amerikanischen Nationalkonvents.

Chikago, 18. Juni. Allgemein wird angenommen, daß es bei der morgigen Eröffnung des republikanischen Nationalkonvents zu einer Krisis kommen werde. Wahrscheinlich werden die Anhänger Roosevelts gleich bei der Wahl des Vorsitzenden eine namentliche Abstimmung herbeiführen und dabei die Entscheidung des Nationalkonvents über die strittigen Delegierten umzustoßen versuchen. Ein Erfolg in dieser Richtung würde bedeuten, daß Roosevelt die Kontrolle des Nationalkonvents übernimmt. Roosevelt gab gestern vormittag in seinem Hotel einen Empfang für seine Anhänger, bei dem es zu begeisterten Kundgebungen für ihn kam. Die Polizei hat, um auf alle Fälle vorbereitet zu sein, Uebungen abgehalten.

Die Explosion beim Zeppelin-Luftschiff.

Friedrichshafen, 18. Juni. Wie die Untersuchung ergeben hat, ist die gestrige Explosion bei dem Luftschiffe Z. 3 auf Selbstentzündung von Knallgas beim Entleeren der letzten Zelle zurückzuführen. Das Luftschiff wird erst Mitte Juli wieder abnahmefähig sein, da die Gelegenheit zur Vornahme einiger anderer größerer Bauten benützt werden soll. Der eine der beiden verletzten Arbeiter befindet sich bereits wieder zu Hause. Der andere liegt noch mit einer Handverletzung im Krankenhause, befindet sich aber verhältnismäßig wohl.

Das heutige Blatt umfaßt 10 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120618/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Flora-Varieté

Grösstes Sommertheater Dresdens

Vollständig wettergeschützt.

Strassenbahn 1, 2, 8 und 22. — Tel. 6882.

Haupt-Attraktionen vom 16.–30. Juni:

„Der Bajazzo" — Dr. Hemmer
Line-Trio, Kunstradfahrer ersten Ranges
Chr. Rigamer, Grotesk-Komiker
Ada Francis in ihrem Akt „Elfenzauber"
Dr. E. Hemmer u. Frau, prolongiert
Toni Apel, Miniatur-Soubrette
Fred Geiberg als Universalgenie mit grossen Ueberraschungen
„Frühlingsbummel", humoristisch. Ensemble.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8½ Uhr.

Metropol-Theater, Radeberg.

Ab heute ist u. a. besonders hervorzuheben:

Der fliegende Zirkus

sowie: **Mit Kapitän Scott nach dem Südpol.**
Hochinteressant und wissenschaftlich.

Radeberg.

Arbeiter-Bibliothek

Sämtliche ausgeliehenen **Bücher** müssen zwecks Revision bis **Sonntag den 23. Juni** abgeliefert werden. Die nicht abgelieferten Bücher werden auf Kosten der Entleiher abgeholt.

Der Bibliothekausschuß.

Aus direktem Dampfer soeben eingetroffen:

Die erste Waggon-Ladung

neue sogenannte

Vollheringe

10 St. **55** Pf.
100 St. **525** Pf.

¼ Tonne **Shetland-Selected 40** M., ½ Tonne **21** M.

Zarte neue Juni-Matjes

Stück von 10 Pf. an, 100 Stück von 8 M. ab
¼ Originaltonne von 30 M. an.

Neue ital. Kartoffeln, 2 Pfd. 25 Pf.

Soeben wieder eingetroffen:

Frischer Seefisch

und wegen guter Fänge recht billig:

Seehecht, ohne Kopf, in 2- bis 4-pfündigen Fischen . . . Pfund **18** Pf.
Schollen, 1-pfündig und schwerer . . . Pfund **18** Pf.

Austernfisch, in großen Fischen, ohne Kopf
Schellfisch, in großen Fischen, ohne Kopf . Pfd. **12** Pf.
Kabljau, in großen Fischen, ohne Kopf . . .
Seelachs, in großen Fischen, ohne Kopf . .
Schellfisch, silberblanker, 2–3-Pfünder . . Pfd. **12** Pf.
Kabljau, „Helgoländer", vom 1 bis 3 Pfund .

Gedruckte Kochrezepte gratis.

Bei mindestens 50 Pfund einer Sorte billigere Wiederverkäuferpreise.

Versand prompt gegen Nachnahme.

Vasen, Schalen, Gebrauchs-Geschirre

Kunst-Töpfereien volkskundlicher Art
für Festlichkeiten und Verlosungen empfiehlt preiswert
Vereine erhalten Rabatt! **Ernst Baldauf, Postplatz.**

Sohlenleder, Ausschnitt

Schuhmacher-Werkzeuge u. Bedarfsartikel
Leisten, [illegible] Auswahl, neueste Formen, **Gummi-Absätze,** Gummifirst und Lederfirst.

Rudolf Kobitzsch, Gr. Zwingerstr. 17, gegenüb. Volksztg.

Zigaretten-Hand- und Handmaschinen-Arbeiterinnen

auf ohne flach und mit Mundstück werden für dauernde Beschäftigung sofort gesucht

Georg A. Jasmatzi Akt.-Ges., Schandauer Str. 68

Hannov. Gummiwerke

„Excelsior"

12 Monat Garantie
Vorzüglich solider Touren- und Gebrauchsreifen

12 Monat Garantie
Guter und billiger Gebrauchsreifen

6 Monat Garantie
Billiger, haltbarer Pneumatic

Hervorragend in Qualität u. Konstruktion

Die „Excelsior"-Fabrikate sind nur durch Fahrradhandlungen zu beziehen

---

Teppiche u. Gardinen

Gardinen
gr. Posten, haltbare Qualität, Meter von 30 Pf. bis 1 M.

Teppiche
von 4.50 bis 190 M.

Chaiselongue-Decken
von 5 bis 30 M.

Portieren
8reilig, von 3 bis 15 M.

Tischdecken
in Gilatuch, Tuch u. Plüsch von 90 Pf. bis 15 M.

Sofa-Bezüge
der ganze Bezug v. 5–30 M.

Schlafdecken
von 80 Pf. bis 8 M.

Steppdecken
von 3 bis 15 M.

Starer

Wilsdruffer Strasse 29
nur I. Etage.
Kein Laden.

Achtung! Erfinder!

Für größere industrielle Unternehmungen werden **Erfindungen und Ideen zu kaufen gesucht,** für welche bis 10 000 M. u. mehr bezahlt werden. Offerten unter **T. 339** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Mannheim.**

Kunst-Töpferei volkstümlich. Art

Vasen
Schalen
Gebrauchs-Geschirre
für Festlichkeiten und Verlosungen.
Vereine erhalten Rabatt!
Ernst Baldauf, Postplatz.

Gute, getragene
sowie auch **neue**

Herren- u. Damenkleider

kaufen Sie zu nachweislich **billigsten Preisen** im weit u. breit bestbekannten **I. Dresdner Spezial-Kleider-Magazin**

Töpferstr. 1, 1. Et.

+ Männerleiden

Mund- und Halsentzündungen und Harnkrankheiten
behandelt seit 17 Jahren mit gut. Erfolg ohne Berufsstör. durch das Naturheilverfahren **Frd. Heinberg,**
Dresden, Bautzner Str. 12.
Sprechst. 2–5. Sonntags 9–11.

Arbeiter! Trinkt Wein!

Samos per Liter 95 Pf., **Tarragona** 120 Pf., **Weiß- und Rotwein** per Liter 100 Pf., **Wermut** 150, **Madeira** Liter 220 Pf., bei 10 Liter billiger.

Rich. Springer Nachf.,
Dresden-A.

Jetzt: Kleine Brüderg. 8

H.-Rad m. Freilf. m. neu, 25 M. z. verk. Oppellstr. 10, 1 r.

Kleiner **Lastenhandwagen** zu verleihen oder kaufen bei **Boltz,** Ludwigstraße 1, 2.

Heute mittag 1½ Uhr verschied nach langem, schwerem Leiden unsere Mutter, Frau

Luise Fischer geb. Jäger

im Alter von 59 Jahren.

Mockritz, den 16. Juni 1912.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr von der Halle des Leubnitzer Friedhofs aus statt.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Dresden.

Tödlich verunglückte der Motorfahrer

Gustav Rumberg

von der Brauerei Feldschlößchen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr auf dem Gorbitzer Friedhof statt. **Die Ortsverwaltung.**

Hierdurch die traurige Nachricht, daß Sonntag abend mein innigstgeliebter Gatte, unser lieber guter Vater, Bruder, Schwager und Großvater **Gustav Adolf Brauer** im 57. Lebensjahre nach langem mit Geduld ertragenem Leiden sanft entschlafen ist. In tiefstem Schmerz

Burgk, den 16. Juni 1912.

Auguste Brauer nebst Kindern und Anverwandten.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 19. Juni, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Am 15. ds. Mts. verschied an den Folgen eines am Freitag in Ausübung seines Dienstes erlittenen Unfalles unser Kutscher

Herr Ernst Gustav Rumberg.

Derselbe stand seit einer Reihe von Jahren in unseren Diensten und hat sich während dieser Zeit durch treue Pflichterfüllung stets ausgezeichnet.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Die Direktion der Brauerei zum Feldschlößchen A.-G.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am 16. Juni, früh 8 Uhr, infolge eines Unglücksfalles mein lieber Mann und Vater **Gustav Rumberg** im Alter von 36 Jahren sanft entschlafen ist. Um stilles Beileid bitten

Ober-Gorbitz, den 16. Juni 1912.

Emma Rumberg geb. Leibig nebst Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr von der Halle des Obergorbitzer Friedhofes aus statt.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, die uns bei dem schmerzlichen Verluste unserer lieben Tochter und Schwester

Käte

zuteil wurden, sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.

Coschütz, am 18. Juni 1912. **Die trauernde Familie Stadel.**

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Jungwirth, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Richter, Dresden.
Druck und Verlag: Sachsen & Berndt, Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120618/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 138. | Dresden, Dienstag den 18. Juni 1912. | 23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die sozialen Klassen in Sachsen.

II.

Interessant für die politischen Parteibildungen und die Zusammensetzung der Wähler ist folgendes. Während die Arbeiter nach der Statistik im ersten Artikel in Sachsen 56,58 Prozent der Bevölkerung und 53,41 der Berufszugehörigen ausmachen, also die große Mehrzahl bilden, umfassen sie in den Altersklassen von mehr als 25 Jahren noch nicht die Hälfte und in den Altersklassen von mehr als 40 Jahren ungefähr nur ein Drittel der Gesamtzahl der Erwerbstätigen entsprechenden Alters, wie folgende Uebersicht zeigt. Unter 100 Erwerbstätigen waren im Jahre 1907 in Sachsen

	Selbstständige	Angestellte	Arbeiter	Sonstige Erwerbstätige	Berufslose Selbstständige
insgesamt	18,08	6,66	56,58	6,94	11,79
darunter:					
über 25 Jahre	26,18	6,74	46,60	6,87	14,11
„ 30 „	28,74	6,18	42,34	6,23	16,51
„ 40 „	31,15	4,78	34,69	5,89	23,49

Die Verschiebung erklärt sich daraus, daß die Söhne der selbstständigen Landwirte, Gewerbtreibenden, Händler usw. bis zum 25 Jahre gewöhnlich als Gehilfen tätig sind, dann aber das väterliche Geschäft übernehmen. Aber es steht ja auch fest, daß viel mehr Arbeiter in jungen Jahren sterben als Angehörige anderer Klassen. Ferner verliert die Arbeiterklasse statistisch zahlreiche Kräfte mittleren und höheren Alters durch das Ausscheiden der Arbeiterversicherungsrentner, die dann zu den „berufslosen Selbständigen" gerechnet werden. Schließlich ist der Verlust darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der Arbeiterinnen im Eheschließungsalter überhaupt den Beruf aufgibt. Im Grunde wird aber hiernach an den sozialen Verschiebungen nach Altersklassen nichts geändert. Denn unter 100 erwerbstätigen Personen männlichen Geschlechts waren

	Selbstständige	Angestellte	Arbeiter	Sonstige Erwerbstätige	Berufslose Selbstständige
Insgesamt	18,19	8,66	57,84	7,70	8,11
darunter:					
über 25 Jahre	25,84	8,64	50,74	6,43	8,35
„ 30 „	28,79	8,12	47,07	6,27	9,75
„ 40 „	32,42	6,77	40,17	5,98	14,66

Unter den männlichen Erwerbstätigen bilden also die Arbeiter 57 Prozent und unter den männlichen Erwerbstätigen im Alter von über 25 Jahren auch noch 50,74 Prozent, etwas mehr als die Hälfte. Die wahlberechtigten Arbeiter haben also ohne weiteres die Majorität. Ihnen zuzuzählen sind freilich auch noch die Altersrentner, Hausgewerbtreibenden, die meisten Angestellten und Handwerker, die alle wirtschaftlich und sozial nicht oder nicht wesentlich über den Lohnarbeitern stehen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich bekanntlich eine große Verschiebung zugunsten der Arbeiter vollzogen. Der Abstand zwischen Unternehmer- und Arbeiterzahl, konstatiert Dr. Pfütze, hat sich naturgemäß wesentlich erweitert, die Zahl der zur Selbstständigkeit gelangten Angestellten und Arbeiter nimmt verhältnismäßig immer mehr ab. Aber in der jüngsten Zeit soll sich in Sachsen — wie übrigens in allen Ländern mit hochentwickelter Industrie — eine Verlangsamung in der Vermehrung der Arbeiterklasse bemerkbar machen, während die Zahl der Angestellten viel mehr wachse. Während z. B. die Angestelltenzahl in der Zeit von 1882 bis 1907 ungefähr um das Dreieinhalbfache des früheren Bestandes gestiegen ist, hat sich die Zahl der Arbeiter um etwa zwei Drittel der ehemaligen Stärke erhöht. In der zweiten Zählungsperiode (1895 bis 1907) hat aber die Zahl der Angestellten einen relativ größeren Zuwachs an neuen Kräften erhalten als im ersten Erhebungszeitraum, so daß sich das Verhältnis in der sozialen Gliederung immer mehr zugunsten der Angestellten verschiebt. In den einzelnen Berufszweigen wurden in Sachsen an Angestellten ermittelt:

In der Berufsabteilung	1882	1895	1907	1907 mehr als 1882 in Prozent
Landwirtschaft	2 862	4 724	5 883	149,1
Industrie	13 524	86 518	87 937	550,2
Handel und Verkehr	16 810	27 157	52 641	222,6

Im ganzen wurden 1907 in Sachsen 172 712 „Privatbeamte" gezählt. Die außerordentliche Vermehrung der Angestellten dürfte auch in Zukunft anhalten. Sie hängt zusammen mit der Entwicklung der Technik: während die Maschine immer mehr Handarbeit übernimmt, wird der Arbeiter mehr und mehr Geistesarbeiter. Es findet eine Verschiebung in der Arbeitsweise statt. Proletarier, Lohnarbeiter sind diese Arbeiter, die man in der Statistik als „Angestellte" bezeichnet, aber auch, und sie unterscheiden sich in ihrem Einkommen ja meistens auch nicht vom Arbeiter. Aber mit dieser Verschiebung wird in Zukunft die Arbeiterbewegung immer mehr rechnen müssen in dem Bewußtsein, daß die „Angestellten" in ihre Reihen gehören!

Aus dem Lager der Nationalen.

Die Zentralstelle des Vereins zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung, dessen Hauptmacher der Pastor Richter in Königswalde bei Annaberg ist, hat einige Rundschreiben an seine Mitglieder versandt, von denen uns besonders das folgende interessiert. Ein günstiger Wind hat es dem Sächsischen Volksblatt zugeweht und uns gleichzeitig Einsicht ermöglicht. Das Schreiben lautet in seinen wesentlichen Teilen:

Trotz der für die Agitation außerordentlich ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die nur der Sozialdemokratie ein günstiges Agitationsfeld öffneten, ist die nationale Arbeiterbewegung tüchtig vorwärts geschritten. Zehn Agitationssekretäre sind zurzeit unsererseits tätig, sie alle sind aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, verschiedene haben die sozialdemokratische Schule durchgemacht, alle sind gewissenhafte Männer, eifrig in ihrer Arbeit und geschickt in ihren Aufgaben. Eine große Anzahl neuer Vereine sind gegründet, die alten an Mitgliedern gewachsen. Der beste Beweis für die Entwicklung der nationalen Arbeiterbewegung im Königreich Sachsen ist die Tatsache, daß am 29. September d. J.

der II. Sächsische nationale Arbeitertag

abgehalten werden kann, und daß an diesem Tage 75 000 sächsische nationale Arbeitnehmer vertreten sein werden, während auf dem I. Sächsischen nationalen Arbeitertag am 3. und 4. September 1910 in Dresden 60 000 sächsische nationale Arbeiter vertreten waren.

Dieser II. Sächsische nationale Arbeitertag soll zugleich zu einer machtvollen Gegendemonstration gegen den in diesem Jahr in Chemnitz stattfindenden sozialdemokratischen Parteitag Deutschlands werden, darum findet er auch in Chemnitz, und zwar eine Woche nach dem sozialdemokratischen Parteitag, statt; es ist für diesen Zweck schon der größte Saal in Chemnitz, der Saal des Kaufmännischen Vereinshauses, gemietet worden. Wenn dies die nationale Arbeiterbewegung Sachsens wagen kann, dann ist das ein glänzendes Zeugnis ihrer Entwicklung. Der II. nationale Arbeitertag wird wie der erste in der Hauptsache durch unsere Zentralgeschäftsstelle vorbereitet.

Daß auf diese nationale Arbeiterbewegung auch ein nationaler Verlaß sein kann, wird in schlagendster Weise aus der beiliegenden Wahlstatistik erkannt, die zeigt, daß tatsächlich die Zurückdämmung der roten Flut erfolgreich nur mit unserer Arbeiterbewegung möglich ist. Die Wahlstatistik übertrifft die kühnsten Hoffnungen unserer Freunde!

Neben der Arbeit der Sekretäre geht die Arbeit der Zentralgeschäftsstelle her. Sie kontrolliert die Arbeit der Sekretäre, sammelt das Agitationsmaterial, indem sie ca. 200 Zeitungen liest und alle wichtigen Neuerscheinungen des Büchermarktes verfolgt; sie beeinflußt das Interesse der Oeffentlichkeit, indem sie ca. 850 Zeitungen Deutschlands mit Artikeln versorgt. Ihr Arbeitsfeld ist ein außerordentlich vielseitiges, allein ca. 3000 Briefe werden monatlich von ihr erledigt. Sie erteilt bereitwilligst allen Interessenten Rat und Auskünfte in allen Fragen der Arbeiterbewegung und der damit zusammenhängenden Gebiete.

Leider erfolgten in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten Angriffe, die bezweckten und auch geeignet waren, Mißtrauen gegen Herrn Pastor Richter und die von ihm geförderte nationale Arbeiterbewegung zu wecken. Sie entsprangen alle der Furcht des Berliner sog. Förderungsausschusses der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine, der nur einer ganz kleinen Gruppe der nationalen Arbeiterbewegung nahesteht, daß diese Vereine von unseren, die Hauptmasse der nationalen Arbeiterbewegung darstellenden Vereinen verschluckt würden. Wir haben bei dem ganzen leidigen Kampf, an dem einzig die Sozialdemokratie Freude haben kann, und nur in der Defensivstellung befunden und nie Zersplitterung der nationalen Arbeiterbewegung, sondern nur stets Vereinheitlichung derselben erstrebt. Die vielfachen in diesem Kampf nun gegen uns, insonderheit gegen Herrn Pastor Richter, erhobenen Verdächtigungen, wie „wir wären Freunde der Sozialdemokratie, wir wollten den Streik und den Kampf gegen die Arbeitgeber propagieren, Herr Pastor Richter wolle die Arbeiterbewegung in ein linksliberales Fahrwasser leiten" usw. sind dank dem energischen Eingreifen des Vorsitzenden der Abteilung Provinz Sachsen unseres Vereins zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung, Herrn Regierungspräsidenten a. D. v. Werder, Sagisdorf, und des Herrn Oberpräsidenten Exzellenz v. Hegel, Magdeburg, in einer offiziellen Erklärung als auf Mißverständnissen beruhend zurückgenommen. . . . Auch mit den Vertretern der konservativen Partei im Königreich Sachsen sind Verhandlungen angeknüpft, die zu einem baldigen Ende zu führen scheinen und die Haltlosigkeit aller, auch der parteipolitischen Verdächtigungen feststellen. In allen diesen Fragen ist die Zentralgeschäftsstelle gern bereit, ausführliche Auskunft zu geben.

In diesem Schreiben wird dann noch mancherlei von nationalen Erfolgen und Hoffnungen gefaselt. Wie diese wirklich aussehen, ergibt sich schon daraus, daß man im höchsten Falle auf 75 000 Anhänger rechnet, während die Sozialdemokratie 4¼ Millionen mustern kann. Wieviel von diesen 75 000 wirklich vorhanden und wieviel wirklich Arbeiter sind, davon verraten die vertraulichen Rundschreiben nichts. Kommt es wirklich in Chemnitz zu einer nationalen Tagung, kann sie weit eher auf ein Fiasko als auf Erfolge blicken. Zur Heiterkeit aber kann es nur herausfordern, wenn die komischen national-gelben Männlein glauben, mit ihrer Maskerade eine Demonstration gegen die machtvolle sozialdemokratische Partei und den sozialdemokratischen Parteitag veranstalten zu können.

Zur besseren Einsicht gelangt.

Genosse Rudolph in Hartha erhielt von der Amtshauptmannschaft Döbeln eine Strafverfügung über 5 M. nebst Kosten wegen nicht vorschriftsmäßiger Bekanntmachung einer Frauenversammlung. Diese Versammlung war vorschriftsmäßig in der Chemnitzer Volksstimme, ferner mit den anderen im Kreise abgehaltenen Frauenversammlungen noch nebenbei im Harthaer Anzeiger bekannt gemacht worden, in letzterem Blatte aber, wie das hier so üblich, ohne Unterschrift des Einberufers, und dieses war der Anlaß zur Bestrafung. Durch den Rekurs gegen die Strafverfügung, der damit begründet wurde, daß die vorschriftsmäßige Bekanntmachung in einer behördlich im Bezirk zugelassenen Zeitung erfolgt sei und daher die in einer anderen Zeitung nur nebenbei erfolgte, nicht ganz vorschriftsmäßige Bekanntmachung doch nicht strafbar sein könne, ließ sich die Amtshauptmannschaft belehren und zog die Strafverfügung zurück.

Von der „besseren" Jugend.

Aus Bautzen berichtet die bürgerliche Presse: Allgemeines Aufsehen erregen hier die Ladendiebstähle zweier Schüler höherer Lehranstalten, eines Gymnasiasten und eines Realschülers, die es hauptsächlich auf die Erlangung seiner Imparten, Zigaretten, Füllfederhalter usw. abgesehen hatten. Sie wurden jetzt in flagranti ertappt. Bei einer Haussuchung fand man eine ganze Menge gestohlener Sachen vor. Die Schüler, Söhne angesehener und wohlhabender Familien in Dresden bezw. Riesa, mußten die Schulen sofort verlassen.

Wir kommen auf die Angelegenheit zurück, sobald Näheres vorliegt.

Zur Bekämpfung der Kaninchenplage

hat das Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, in der sie darauf hinweist, daß die vielfach gewünschte Einführung des freien Tierfangs hinsichtlich der wilden Kaninchen wegen der damit verbundenen Unzuträglichkeiten nicht in Frage komme. Ferner wird die Bestimmung des Gesetzes, die wilden Kaninchen betreffend, vom 25. Juni 1902 genügen, wenn sie richtig und nachdrücklich angewendet wird. Die Polizeibehörden haben darauf Bedacht zu nehmen, daß möglichst gleichzeitig für ein großes Gebiet Maßregeln zu einer systematischen Kaninchenvertilgung ergriffen werden.

Hartenstein i. E. In den letzten Jahren ist in hiesiger Stadt der Mangel an Kleinwohnungen dermaßen empfindlich geworden, daß vor kurzem die städtischen Kollegien beschlossen, eine Anleihe von 300 000 M. aufzunehmen, um Arbeiterwohnhäuser zu erbauen. Der Kreisausschuß Zwickau genehmigte die Aufnahme der Anleihe. Die Stadt will nun insgesamt 12 Arbeiterwohnhäuser erbauen, und zwar in diesem Jahre noch sechs. Jedes Haus soll Räume für fünf Familien erhalten und dürfte ein jedes Haus ungefähr 25 000 M. Bauaufwand erfordern. Das Anlagekapital soll mit 4 Prozent verzinst werden, wovon 1 Prozent zur Tilgung der Anleihe abgeht, die demnach in 57 Jahren getilgt ist. Das hier großer Wohnungsmangel herrscht, ersieht man daraus, daß sogar eine Anzahl Personen und Familien im alten Amtsgebäude Wohnung nahmen, nur um nicht die Stadt verlassen zu müssen. Einige Familien bezogen sogar das frühere Gefängnis.

Oelsnitz. Gegen die Erhebung von Armenkassenabgaben hatte der hiesige Naturheilverein Rekurs bei der Kreishauptmannschaft eingelegt. Der genannte Verein hatte ein Vergnügen veranstaltet, bei dem auch ein Zauberkünstler die Kosten der Unterhaltung bestritt und das mit Tanz abschloß. Auf dieses Vergnügen erhob der Stadtrat zu Oelsnitz 20 M. Steuer zur Armenkasse. Der Verein wandte sich dagegen mit der Begründung, daß an dem Vergnügen 348 Mitglieder und nur 46 Fremde teilgenommen hätten. Die Mitglieder hatten 20 Pf., die Nichtmitglieder 75 Pf. Eintrittsgeld bezahlen müssen. Der Kreisausschuß verwarf den Rekurs kostenpflichtig, da das Vergnügen auch öffentlich angekündigt gewesen sei.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei dem Gewitter, das sich am Sonnabend nachmittag gegen 3 Uhr über Freiberg entlud, schlug der Blitz in den Rathausturm ein und zerstörte das Uhrwerk vollständig. Ein das Gewitter begleitender Wirbelsturm richtete an den Pflanzungen in den Promenaden mancherlei Schaden an. — Während eines Gewitters, das sich am Sonnabend nachmittag gegen 3 Uhr über der Gegend von Hainichen entlud, bildete sich in Falkenau eine Windhose, die an Gebäuden, an Obstbäumen und im Felde bedeutenden Schaden anrichtete. Mannesstarke Bäume wurden glatt abgedreht und armstarke Aeste weit fortgetragen. — Sonntag abend entstand im Wohnhause des Mühlenarbeiters Epner in Colditz Schadenfeuer, durch das dieses und das angrenzende Stellmacher Richtersche Wohn- und Werkstattgebäude eingeäschert wurden. — Die fünfzehnjährige Tochter des Arbeiters Falke in Plauen stürzte heute aus dem Fenster der elterlichen Wohnung auf die Straße. Das Mädchen war sofort tot. — In Auerbach i. V. sind etwa 70 Personen, darunter einige ernstlich, nach dem Genuß von verdorbenem gehacktem Fleisch erkrankt. Sämtliche Erkrankten befinden sich in ärztlicher Behandlung.

Stadt-Chronik.

Vom Unterstützungswohnsitz Geisteskranker.

Ein interessanter Rechtsstreit wurde vor dem sächsischen Oberverwaltungsgericht ausgefochten. Die 1867 zu Arnsdorf geborene ledige M. hatte mit kurzer Unterbrechung bis zum 15. Februar 1898 bei ihren Eltern in Kreinitz bei Strehla gewohnt und ist dann nach mehrmonatigem Aufenthalte im Grünen Hause zu Kottewitz nach Dresden verzogen. Hier ist die M. — es handelt sich um eine höchst unglückliche Person, die geisteskrank und blind ist — vom Ortsarmenverband neben sonstigen Zuwendungen mit einem wöchentlichen Almosen von 3 M. laufend unterstützt worden, und zwar seit dem 19. Oktober 1906. Dresden hat nun von Kreinitz Ersatz des bisher gehabten und künftig noch entstehenden Armenaufwandes verlangt und dies damit begründet, die M. sei bereits geisteskrank gewesen, als sie noch in Kreinitz gewohnt habe, so daß sie in der freien Wahl ihres Aufenthaltsortes beschränkt gewesen sei. Sie habe wegen der Geisteskrankheit den Unterstützungswohnsitz in Kreinitz behalten und einen neuen in Dresden nicht erwerben können. Dresden glaubt, daß die Geisteskrankheit die Folge einer im Jahre 1894 wegen des Augenleidens durchgemachten Operation ist. Kreinitz dagegen behauptet, daß die M., solange sie sich in Kreinitz aufgehalten habe, nicht geisteskrank gewesen ist. Ihre Mutter sei 1899 gestorben und bis dahin hat sie dieser sogar die Wirtschaft geführt. Ein von Dr. Krohn vom 5. Mai 1908 datiertes Zeugnis besagt, die erblindete M. ist geistesschwach, im allgemeinen jedoch gutartig, solange man sie nicht reizt und in ihren Wahnideen stört. Will sie die Familie S. in Pflege übernehmen, so ist nichts dagegen einzuwenden, da eine Anstaltsbehandlung aus gesundheitlichen Gründen nicht notwendig ist. Die M. leidet an geistiger Verwirrtheit, wahrscheinlich schon seit mehreren Jahren, und so ist anzunehmen, daß sie schon bei ihrem Wegzug von Kreinitz sich in diesem Zustande befunden hat. Später hat dieser Arzt jedoch erklärt, ein sicheres Urteil über den Zeitpunkt des Ausbruchs der Geisteskrankheit nicht abgeben zu können. Die Kreishauptmannschaft hörte den Vater der M., den Pfarrer und zahlreiche andere Einwohner des Ortes Kreinitz über den Geisteszustand der unglücklichen Person, deren Wahrnehmungen jedoch derart widersprechend waren, daß ein klares Bild absolut nicht zu gewinnen war. Die Kreishauptmannschaft erkannte schließlich auf Abweisung der Klage, weil sich ein bestimmter Zeitpunkt nicht habe feststellen lassen, an dem die Geisteskrankheit einen solchen Grad erreicht hatte, daß die freie Wahl des Aufenthaltsortes ausgeschlossen war. Gegen dieses Urteil legte Dresden Berufung ein. Das Oberverwaltungsgericht hat in dieser Sache wiederholt verhandelt und die Beweiserhebungen noch weiter als die Vorinstanz ausgedehnt, ohne daß sich die Angelegenheit hätte klären lassen. So blieb denn weiter nichts übrig, als ein Oberguachten vom Landesmedizinalkollegium einzuholen. Dieses lautete dahin, daß es sich um einen jugendlichen Verblödungsprozeß, um eine chronische Erkrankung handle, seit deren Beginn sicher schon viele Jahre verflossen seien, die sich fast unmerklich entwickle und langsam aber stetig an Intensität zunehme, bis sie schließlich zum Tode führe. Der krankhafte Zustand habe sicher schon 1897 bestanden, und zwar in einem Grade, daß der M. die freie Selbstbestimmung gemangelt habe. Daran änderten auch nichts die Aussagen der Zeugen, die an der M. nichts Krankhaftes wahrgenommen haben wollen, denn es handle sich insoweit um unerhebliche Laienerklärungen. Dasselbe gelte von der Verrichtung hauswirtschaftlicher Arbeiten durch die M., würden doch selbst in den Irrenhäusern die Kranken zum großen Teil in sogar ziemlich weitgehendem Maße zu Arbeiten herangezogen. Auf Grund des Oberguachtens hat das Oberverwaltungsgericht das angefochtene

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120618/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Urteil aufgehoben und den Ortsarmenverband Kreischa entragsgemäß **verurteilt.** — Für die kleine und arme Gemeinde Kreischa ist der Ausgang des Prozesses wenig erfreulich, da sie nun für die bedauernswerte Person bis zu deren Tode aufkommen hat.

Eine falsche Begründung?

Zu der geplanten Straßenbahn„reform" wird uns geschrieben: „Als ich als ehemaliger Schaffner der Straßenbahn die Begründung zur Erhöhung des Preises der Arbeiterwochenkarten las, konnte ich mich eines Lächelns nicht erwehren. Der Not schiebt den hohen Kostenaufwand, den die Extrawagen verursachen, auf die billigen Arbeiterkarten. Extrawagen waren ja schon bei der Gesellschaft eine alte Einrichtung. Sie paßte sich dem Verkehr an. Diese Extrawagen, die einen so hohen Kostenaufwand verursachen sollen, kommen für die Arbeiter nur bis früh 7 Uhr in Betracht, denn die Wochenkarten haben ja überhaupt nur bis dahin Gültigkeit, während sie aber bis nach 9 Uhr vormittags, von 12 bis nach 2 Uhr nachmittags und abends von 6 Uhr bis nach 8 Uhr verkehren. Zu dieser ganzen Zeit verkehren die Sonderwagen nur bis früh 7 Uhr lediglich für Arbeiter, für den anderen und größten Teil der Zeit aber für die Zeitfahrkarteninhaber, denen die Fahrt 2 Pf. kostet. Die Arbeiter sollen den hohen Kostenaufwand, den diese Wagen verursachen, für den aber zum allergrößten Teile die Beamten, Geschäftsleute usw., die auf Zeitkarte fahren, in Betracht kommen, bezahlen. Durch diese Schröpfung entsteht eine jährliche Summe von 85 500 M., die als Zulage Verwendung findet. Bei der Gesellschaft existierte für die Straßenbahner eine Preisermäßigung von 3 M. für die Monatskarte für ihre Kinder. Das hat aber nun aufgehört, denn sie müssen schon vom 1. Juni ab ebenfalls den vollen Preis von 7 M. bezahlen. Und wenn da bei verschiedenen bis zwei Kinder in Betracht kommen, so dürfte ein ganz nettes Sümmchen entstehen. Wenn dieses Sümmchen auch gleich mit zur Lohnzulage verwendet wird, dann hätten die Straßenbahner das Vergnügen, ihre Zulage zum Teil selbst mit aufzubringen."

Werbungen für die Fremdenlegion.

Die französischen Werbebureaus für die Fremdenlegion entfalten eine große Tätigkeit, die sich in der Vermehrung der Anzahl der Werber und in einer kostspieligen Propaganda ausdrückt. Es sind besonders die Bureaus in Verdun, Belfort, Lille, Besançon, Sedan und Marseille. Von den 15 Werbebureaus, die insgesamt in Frankreich die Agitation zur Anwerbung der Fremdenlegionäre betreiben, sind die sechs Bureaus hauptsächlich mit der Anwerbung in Deutschland beschäftigt. Eine verstärkte Tätigkeit weisen ferner die Bureaus in Nancy, Luneville, Paris, Longwy und Lyon auf. Jedes dieser Werbebureaus verfügte bisher über rund 40 Werber. In den meisten Bureaus ist die Anzahl der Werber in den Monaten März, April und Mai zum Teil verdoppelt worden. Außerdem wurden die Prämien erhöht, die die Werber für Ablieferung von Fremdenlegionären erhalten. Es ist fernerhin ein Flugblatt hergestellt worden, auf dem das schöne Leben der Fremdenlegionäre in den verlockendsten Farben geschildert wird. Dieses Flugblatt, das mit bunten Bildern ausgestattet ist, ist sehr geschickt auf das Seelenleben abenteuerlustiger junger Männer berechnet. Es werden da in bunten Bildern hübsche Szenen von Lagerleben vorgeführt und andere Bilder aus dem Leben eines Soldaten, der in Ueberfluß und Vergnügen dahinlebt. Man kann darum gar nicht oft genug darauf hinweisen, daß diese Bilder im schärfsten Gegensatz zu den traurigen Schicksalen stehen, denen ein Fremdenlegionär ausgesetzt ist. Täglich wird über das unglückliche Leben solcher Fremdenlegionäre, die aus Abenteuerlust oder infolge leichtsinniger Streiche die deutsche Heimat verließen, berichtet. Man muß sich darum über die Dreistigkeit der französischen Werbebureaus wundern, die es wagen, das furchtbare Leben in so verlockenden Bildern schildern zu wollen. Die Anzahl der Deutschen in der Fremdenlegion ist im letzten Jahre infolge der Aufklärungen, die die ganze Presse über das Unwesen in der Legion brachte, beträchtlich zurückgegangen.

Almosen statt Rente.

Die so viel gepriesene Arbeiterfürsorge des **Staatsfiskus** wird treffend illustriert durch einen Rentenstreit, der jetzt vom hiesigen Schiedsgericht für Arbeiterversicherung der **Sächsischen Staatsbahn** zu ungunsten des Klägers entschieden wurde. Der 53jährige, viele Jahre im Staatsbahnbetriebe beschäftigt gewesene, ehemalige Güterbodenarbeiter G. hatte eines Tages eine schwere Kiste zu transportieren, die er, um sie nicht fallen zu lassen, heftig gegen den Leib drückte. Offenbar hatte er sich durch diese Gewaltanwirkung innerlich Schaden zugefügt, denn er hatte unmittelbar danach Schmerzen, denen er aber keine allzugroße Beachtung schenkte. Erst als die Beschwerden unerträglich wurden, ging er zum Arzt, der nach Lage der Sache eine spezialärztliche Behandlung empfahl, die sich auf sechs Wochen erstreckte. Wegen der eingetretenen Erwerbsbeschränkung machte der die radin arbeitsame und gesunde Mann **Ansprüche auf Unfallentschädigung** geltend, denen gegenüber sich der Staatsfiskus von Anfang an **ablehnend** verhielt! Die gehörten Aerzte waren in der Frage, ob das Leiden Unfallfolge sei, geteilter Meinung. Der eine gab die Möglichkeit eines Zusammenhanges zu und der andere wieder erachtete einen vom Unfall unabhängigen Magenkatarrh für vorliegend. Der Vertrauensarzt der Staatsbahn, Dr. Gilbert, sprach sich gegen die Annahme von Unfallsfolgen aus, wenn man überhaupt von einem Unfall reden wolle! Gestützt auf dieses Gutachten hatte der Staatsfiskus Ablehnungsbescheid erteilt, weil ein Zusammenhang zwischen Unfall und Leiden nicht erwiesen sei. Gegen die Ablehnung wendete sich der bedauernswerte Mann, bei dem die Aerzte Unterernährung festgestellt hatten, mit einer Berufung an das Schiedsgericht. Mit Rücksicht auf die Zweifelhaftigkeit des Falles wurde die Einweisung G.s in das Friedrichstädter Krankenhaus und die Einholung eines **Obergutachtens** angeordnet. Prof. Dr. Päßler als Obergutachter kam zu dem Ergebnis, daß sich beim Kläger infolge des Unfalls ein nervöses Leiden mit schwerer Neurasthenie entwickelt habe, wodurch die Erwerbsfähigkeit erheblich beschränkt werde. Damit war die Entschädigungspflicht des Staatsfiskus gegeben. Letzterer gab sich aber mit diesem für ihn allerdings ungünstigen Gutachten nicht zufrieden, hörte vielmehr nochmals seinen Vertrauensarzt, der auch der Auffassung des Obergutachters entgegentrat. Der alte Mann wurde nunmehr in die **medizinische Klinik** in Leipzig eingewiesen. Hier kam man nach längerer Beobachtung zu dem Ergebnis, daß wohl bei G. ein nervöses Leiden vorliege, hielt aber den Unfall für **zu geringfügig**, um eine derartige Krankheit auszulösen! Das Schiedsgericht hat jetzt die Berufung verworfen und damit den schwer leidenden erwerbsunfähigen alten Mann mit seinen Ansprüchen **abgewiesen.**

Der in bittere Not geratene Kläger wird nun der Armenbehörde zur Last fallen und erhält dann — Almosen statt Rente! So sieht der Staat als Arbeitgeber aus! —

Warnung vor dem Genuß und der Verwendung von Roheis.

Von der städtischen Medizinalpolizeibehörde sind wiederholt zahlreiche Proben von Roheis, das teils der Elbe, teils anderen hiesigen Wasserläufen und Teichen in der Umgebung Dresdens, aus denen hauptsächlich der Stadt Eis zugeführt wird, entnommen und auf Reinheit und Keimgehalt untersucht worden. Diese Untersuchungen haben ergeben, daß das natürliche Eis und selbst die am reinsten befundenen Sorten, abgesehen von sonstigen Verschiedenheiten, mehr oder weniger **unreine Naturprodukte** sind, und daß solches Eis in keinem Falle unbedenklich mit Nahrungs- und Genußmitteln in unmittelbare Berührung gebracht oder wohl gar genossen werden darf. Denn wenn auch die darin enthaltenen zahlreichen Keime höchstwahrscheinlich keine Krankheitserreger sind, so bestehen sie doch in der Hauptsache aus Fäulniserregern, die zu einer schnellen Verderbnis der mit ihnen in Berührung kommenden Nahrungsmittel Anlaß geben. Sehr viele Eissorten, und zwar sowohl die aus der Elbe als auch die aus Teichen der Umgebung Dresdens entnommenen, enthielten zweifellos Jauchendestandteile, die sich dem Wasser beigemischt hatten. Wie die Untersuchungen weiter gezeigt haben, erweist sich auch die Annahme, daß das Eis, wenn es klar und rein erscheint, auch wirklich klar und rein sein müsse, und daher unbedenklich genossen werden könne, als irrig. Denn eine große Anzahl äußerlich sehr rein erscheinender Eissorten zeigte sich bei den Untersuchungen als sehr unrein. Es kann daher nicht genug vor dem Genuß von Natureis gewarnt und es muß angelegentlichst die Verwendung des Kunsteises empfohlen werden, das, wie die Untersuchungen ergeben haben, vorzüglich rein und fast völlig bakterienfrei wie das reduste Quellwasser war. Die Aufforderung, Natureis nicht unmittelbar mit Nahrungsmitteln in Berührung zu bringen, muß aus den oben angeführten Gründen um so dringlicher erfolgen, weil bei herrschender hoher Temperatur verschiedene Nahrungsmittel an sich schon sehr leicht der Zersetzung anheimfallen und anderseits einwandfreies Kunsteis zu verhältnismäßig billigem Preise am hiesigen Orte in hinreichender Menge käuflich zu erhalten ist.

Aus den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt hat in geheimer Sitzung folgende **Konzessionsgesuche** genehmigt: Eicke in Niederfedlitz, Kantinenbetrieb; verehel. Wiesemann in Hintergersdorf, Schankkonzession für das Talmühlenrestaurant (Uebertragung); verehelichte Bernhardt in Leutewitz, Ausschank von alkoholfreien Getränken; verehel. Schirrmeister in Leubnitz-Neuostra, Kaffeeschank und Flaschenbierhandel beim Straßenbau; Küchler in Tharandt, Ausdehnung der Schankkonzession auf den Vereinszimmeranbau und Kegelschubumbau. Abgelehnt wurden die Gesuche Ehrlichs in Burgk (öffentliches Tanzhalten), Kretzschmars in Potschappel (Bier- und Branntweinschank) und der verehel. Schöwitz in Kennitz (Bodrestaurant) um Aufhebung der ihr hinsichtlich des Schankbetriebs auferlegten Beschränkung. — Ferner wurden noch genehmigt die Satzung des Gemeindeverbandes Elektrizitätswerk für den Plauenschen Grund (Vereinfachung der Organisation) und die Einräumung einer Grunddienstbarkeit der Gemeinde Potschappel in Wasserleitungssachen. Dem Gesuch Scheels in Deuben um Errichtung einer Kleinviehschlächterei wurde die Genehmigung versagt. Außerdem wurden mehrere Rekurse in Gemeindesteuerangelegenheiten erledigt.

Ein eigenartiger Vorfall

ereignete sich in der Zigarettenfabrik Juwel, Schlüterstraße. In dem seit kurzer Zeit bezogenen Neubau der genannten Firma soll die Reinigung der Aborte in den Arbeiterabteilungen nur recht mangelhaft sein. Die Arbeiterinnen haben denn auch gelegentlich schon selbst die Reinigung gemacht, obgleich sie nicht dazu verpflichtet waren. Aus diesem Grunde ist es begreiflich, wenn eine Abteilung der Arbeiterinnen für sich einen Abort beanspruchte und abgeschlossen hielt, um dadurch einer frühzeitigen Beschmutzung besser vorzubeugen. Bei dieser Gelegenheit verschwand auf einige Zeit der Schlüssel zum Abort und es entstanden deswegen zwischen den Arbeiterinnen und den Vorgesetzten Differenzen. Hierbei erdreistete sich der Tabakmeister Herr Katzenbogen eine Arbeiterin vor die Brust zu stoßen und ins Gesicht zu schlagen. Die Arbeiterin begab sich zum Arzt, derselbe konstatierte blaue Flecke auf der Brust und ist die Arbeiterin infolge des Vorfalls krank geschrieben worden. Herr Katzenbogen aber, über seine Handlungsweise zur Rede gestellt, scheute sich nicht zu sagen, die betreffende Arbeiterin sei zuerst gegen ihn handgreiflich geworden und frech gewesen. Die Arbeiterin selbst bestreitet dieses und soll auch gar nicht an der vorausgegangenen Sache beteiligt gewesen sein. Einerlei wie dem ist, jedenfalls ist es unerhört, wenn ein Vorgesetzter sich solche Uebergriffe erlaubt und sich gegenüber seinen Untergebenen dieser Art Behandlungsweise bedient. Damit dürfte schließlich der letzte Rest von Vertrauen zwischen Vorgesetzten und Arbeitern verschwinden. An den Chefs liegt es aber, solchen Uebergriffen Untergebenen gegenüber ganz energisch entgegenzutreten und für die Zukunft unmöglich zu machen.

Unfälle. Ein schweres Automobilunglück trug sich am Sonntag abend gegen 6¾ Uhr an der Grenzstraße in Vorstadt Naußlitz zu. Dort wurden von einer Autodroschke, über die der Führer die Gewalt verloren hatte, die in der Gottfried-Keller-Straße wohnhafte Mechaniker-Ehefrau Schiller mit ihrem dreijährigen Töchterchen und die 12 Jahre alte Hildegard Müller, Tochter eines in der Hörigstraße wohnhaften Marktheifers, überfahren und schwer verletzt. Da das Auto zufolge Versagens der Bremse auf der abschüssigen Straße von einer Gangbahn zur anderen schleuderte, vermochten Frau Schiller und die Hildegard Müller nicht rasch genug auszuweichen. Erstere erlitt einen linken Unterschenkelbruch, Verletzungen am Kopfe und innere Störungen, das 12jährige Mädchen einen Schlüsselbeinbruch und Kopfwunden, das dreijährige Kind Fleischabschürfungen. Sie wurden im Krankenauto nach dem Krankenhause Friedrichstadt gebracht. Die Insassen der Autodroschke, zwei junge Damen, kamen mit dem Schrecken davon. Am Auto war das rechte Hinterrad gebrochen. — Gestern mittag scheuten in der Schäferstraße die Pferde eines Geschirrs und rasten nach der Markthalle zu. Sie rissen den dort postierten Gendarmen Linke um, der einen Schädelbruch erlitt. Er wurde im Krankenauto nach dem Friedrichstädter Krankenhause gebracht.

Kinderschutzkommission. Striesen. Mittwoch Ausflug nach Leuben. Proviant und 10 Pf. sind mitzubringen. Treffpunkt um 2 Uhr am Schlitterhof, 2¼ Uhr „Erholung".

Aus der Umgebung.

Tolkewitz. Die Parteigenossen im Orte werden ersucht, am Mittwoch den 19. Juni, abends 8½ Uhr, im Sachsenhof zu erscheinen. Es soll eine Aussprache über die Haltung unserer Gemeinderatsvertreter zur Wahl der Stadtverordneten, die sich infolge der Einverleibung nötig macht, stattfinden. Ebenso soll die Meldung zur Erwerbung des Bürgerrechts zur Sprache kommen.

Potschappel. Die Genossinnen des 4. Bezirks werden hierdurch zu unserem am Donnerstag den 20. Juni, abends 9 Uhr, im Bad Glück auf, Potschappel, stattfindenden Diskussionsabend eingeladen. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht jeder Genossin, zu erscheinen.

Potschappel. Oeffentliche Gemeinderatssitzung findet Mittwoch den 19. Juni, abends 7½ Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses statt. Aus der Tagesordnung: Erlaß eines Nachtrages zum Ortsgesetz über die Erhebung der Gemeindeumlagen, Bausachen, Neuaufstellung des Grundgesetzes für die freiwillige Feuerwehr, Bewilligung eines Beitrags zu der Feuerwehr-Inspektion am 23. Juni.

Bannewitz. (Billigeres Gas.) Der Gemeindeverband Bannewitz und Umgegend für das Gaswerk in Mockritz, dem 13 Gemeinden angehören, hat eine Aenderung seiner Satzungen beschlossen, deren wesentlichste Neuerung eine Herabsetzung der Gaspreise ist. Bisher betrug der Preis für Leuchtgas 20 Pf. für das Kubikmeter, für Koch- und Heizgas 16 Pf. Es soll nun ein Einheitspreis von 17 Pf. eingeführt werden. Den Einnahmeausfall, der auf 4829 M. berechnet worden ist, hofft man durch eine hohe Steigerung des Gaskonsums mehr als wettmachen zu können. Außerdem will man den Gasrabatt an größere Konsumenten reduzieren, ferner gedenkt man durch eine Vereinfachung des Betriebs wesentliche Ersparnisse zu erzielen. Nach der aufgemachten Rentabilitätsberechnung hofft man trotz Herabsetzung des Gaspreises auf eine Mehreinnahme von rund 2000 M. jährlich. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen einstimmigen Beschluß der Verbandsgemeinden handelt, hat der Bezirksausschuß beschlossen, die neuen Satzungen beim Ministerium zu befürworten.

Cossebaude. Auf die am 19. Juni, abends 8½ Uhr, im Gasthof zu Cossebaude stattfindenden Ortsversammlung werden die Genossen von Cossebaude nochmals aufmerksam gemacht. Reichhaltige und sehr wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung ist Pflicht.

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht.

§ 193! Ein interessanter Beleidigungsprozeß beschäftigte in letzter Instanz das sächsische Oberlandesgericht. Am 19. August 1911 kam der Kaufmann Breischneider in das Lokal des ihm befreundeten Gastwirts Dietering und sagte zu diesem: „Du, ich muß dich warnen, in deinem Garten haben sie . . . . . !" Auf die Frage des Wirts, wer es denn gewesen sei, nannte B. die Namen der Kaufleute L. und M., die sich im Restaurationsgarten als Gäste aufgehalten hatten. Die beiden letzteren haben B. wegen Beleidigung verklagt. Während das Schöffengericht den Angeklagten verurteilte, gelangte das Berufungsgericht zu seiner Freisprechung, indem es ihm den Schutz des § 193 zubilligte. Der Angeklagte habe die Aeußerung getan, um seinen Freund zu warnen und ihn vor einer Kuppeleiangelegenheit zu sichern. Es habe sich um eine vertrauliche Mitteilung gehandelt, mit der Angeklagter berechtigte Interessen wahrnehmen wollte. Form und Umstände ließen eine Beleidigungsabsicht nicht erkennen. In der hiergegen von den Privatklägern eingelegten Revision wurde geltend gemacht, daß zur Wahrnehmung fremder Interessen im allgemeinen niemand berechtigt sei, ausgenommen, die fremden Interessen gingen dem Betreffenden selbst nahe. Das sei hier nicht der Fall. Der Angeklagte habe kein Recht gehabt, den Gastwirt zu warnen. Das Oberlandesgericht verwarf das Rechtsmittel, bestätigte also das freisprechende Urteil und führte begründend aus, das Freundschaftsverhältnis rechtfertige die Annahme, daß die fremden Interessen den eigenen nahe gehen.

Landgericht.

Lieber stehlen, als sich organisieren. Einer merkwürdigen Moral befleißigte sich der 24jährige Maurer Georg Richard Richter aus Freiberg, der sich wegen sieben Diebstählen zu verantworten hatte. Der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte hat in den Tagen vom 7. bis 11. Mai einem seiner Logiskollegen die silberne Taschenuhr mit Kette im Werte von 12 M. gestohlen. Am 12. Mai war er in einem Pilsner Bierlokal, wo er einem Gast den Paletot mit einem Paar Handschuhen und einen neuen Strohhut mitnahm. Die Sachen hatten einen Wert von 56 bis 60 M. Weiter stahl er am 13., 15., 17., 18. und 20. Mai in Dresden von der Straße weg ein Fahrrad im Werte von 40, 70, 70, 75 und 100 M. Ueber die Motive zu den Diebstählen befragt, gab R. an: er sei beim Stadtrat zu Freiberg angestellt gewesen, aber wegen Pflichtwidrigkeiten entlassen worden. Seit seiner letzten Gefängnisstrafe hätte er so viel Schulden gemacht. Weiter befragt, warum er sich nicht als Maurer um Arbeit gekümmert habe, die doch im Frühjahr leicht zu erhalten sei, antwortete er: „Da hätte er müssen in den Verband gehen, das wollte er nicht, weil er da unter die richtige Sorte käme." Die kurze Zeit des Angestelltseins in Freiberg hat ihn also derartig um das Zusammengehörigkeitsgefühl mit seinen Arbeitsgenossen gebracht, daß er die Spitzbubenlaufbahn vorzog. Allerdings ist sie bequemer, wie arbeiten, bis man — erwischt wird. Das Gericht nahm noch einmal mildernde Umstände an und erkannte auf 1 Jahr 6 **Monate Gefängnis** und 2 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Ein Mordversuch. Unter dieser Ueberschrift brachten in den Tagen nach der Reichstagsstichwahl in Dresden alle hiesigen Tageblätter die Schilderung einer Episode, wonach ein näher beschriebener Mann in der Nacht zum 20. Januar in ein öffentliches Haus der Trabantengasse gekommen ist und ein dortiges Mädchen versucht hat, zu erwürgen. Diese Angelegenheit fand ihre Sühne in einer Verhandlung vor der fünften Strafkammer. Angeklagter war der 27jährige Schuhwarenfabrikarbeiter Joseph Hermann Swierzy aus Kuzwika bei Posen. Als junger Mensch ist er wegen Sittlichkeitsverbrechen und Totschlags zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt worden, die er auch verbüßt hat. In genannter Nacht ist S. in das beschriebene Haus und mit dem Mädchen in Differenzen gekommen. In einem plötzlichen Wutanfalle habe er sie dann am Halse gepackt und gewürgt. Bei der näheren Beschreibung der Szene wurde auf Antrag des Staatsanwalts die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Vorher wurde noch wegen eines Diebstahls, den S. im Oktober 1910 an seiner damaligen Wirtin, einer Droschkenkutscherehefrau, begangen hatte, verhandelt. Er hatte der Frau eine goldene Uhr mit Kette gestohlen und seiner Braut geschenkt. Er war auch in diesem Falle geständig. Das Urteil lautete wegen gefährlicher Körperverletzung und Diebstahls auf **1 Jahr 1 Monat Gefängnis.** Aus den

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120618/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beweisaufnahme ging hervor, daß das Gericht den Darstellungen des Angeklagten gefolgt war und einen Wutanfall angenommen hatte. Da aber, nach dem Gutachten des Sachverständigen, Gerichtsarzt Dr. Butter, die Art des Angriffs (mit beiden Daumen die Kehle drücken) lebensgefährlich ist, mußte „gefährliche Körperverletzung" angenommen werden. S. hat auf diese Weise seinergeit ein fünfjähriges Kind erdrosselt. Von der bisher verbüßten Untersuchungshaft wurden vier Monate auf die Strafe angerechnet, da man dem Angeklagten die Unterfuchung, die nur deshalb solange gedauert hat, weil auf ein gefährlicheres Verbrechen gefahndet wurde, nicht entgelten lassen wollte.

In bitterster Not war der bisher unbestrafte 19jährige Fabrikarbeiter Ludwig Schwertner, als er in der Nacht zum 26. Mai in einer Arbeitsbude der Wasserleitungsarbeiter zu Coschütz einstieg und daraus einen Maschinistenanzug entwendete. Er gab an, nichts zu essen, aber auch nichts mehr anzuziehen gehabt zu haben. Unter Annahme mildernder Umstände wurde er zur gesetzlichen Mindeststrafe wegen schweren Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Jugendgericht.

Ein vernünftiges Urteil. Ein 13jähriger Schulknabe soll am 1. April einem Kameraden anläßlich eines diesem abgestatteten Besuches eine silberne Taschenuhr gestohlen haben. Der Junge bestreitet die Zueignungsabsicht und macht geltend, er habe mit dem Kameraden in dessen Wohnung gespielt, wobei er die Uhr bekommen hätte. Erst als er fort war, habe er bemerkt, daß er die Uhr noch einstecken hatte. Da er nach Weinböhla auf einige Zeit verreiste, hätte er keine Gelegenheit gefunden, die Uhr zurückzugeben. Er habe selbst eine Uhr, es hätte deshalb für ihn gar kein Interesse zur Wegnahme der Uhr vorgelegen. Er habe die Uhr seiner Schwester zur Aufbewahrung übergeben und ihr dabei gesagt, daß sie seinem Kameraden gehöre. Diese Angaben stimmten im allgemeinen mit den Ergebnissen der polizeilichen Erörterungen überein. Die Uhr wurde bald nach der Wegnahme bei der Schwester des Knaben gefunden, doch soll die Schwester die Sache so dargestellt haben, als hätte ihr Bruder die Uhr weggenommen. Bedenklich war auch der Umstand, daß der Knabe den Uhrdeckel, auf dem sich der Namenszug des Eigentümers befand, abgebrochen hat. Vom Jugendpfleger des Vereins Volkswohl — in dessen Heim sich der Junge befindet — wurde ihm aber ein sehr gutes Leumundszeugnis ausgestellt. Dieser wohl wie die Lehrer halten ihn eines Diebstahls nicht für fähig. Das Gericht hielt die Zueignungsabsicht nicht für erwiesen und erkannte auf Freisprechung.

Verhältnismäßig streng beurteilte das Gericht ein Vergehen, dessen ein 16jähriger Arbeitsbursche angeklagt war. Der Angeklagte arbeitete in einer Fabrik und nahm sich dort einige Lineale usw. mit, die einen Wert von 3,20 M. haben sollen. Dem Werkmeister nahm er eine Schubleere im Werte von 14 M. Außerdem soll er sich der Hehlerei dadurch schuldig gemacht haben, daß er vier Bleistifte von den Arbeiterinnen zum Geschenk annahm, obwohl die Mädchen gar kein Verfügungsrecht darüber hatten. Der Angeklagte macht geltend, er habe sich die Folgen gar nicht so überlegt. Die der Firma gehörigen Gegenstände wären unbrauchbare Sachen gewesen, von denen er annahm, er könnte sie mitnehmen. Die anderen Arbeiter hätten die Sachen ebenfalls für wertlos gehalten. Den Wert der Schubleere wisse er nicht erkannt; die Bleistifte seien ihm nach und nach beim Geschäftsholen zum Aufschreiben gegeben worden. Die Arbeiterinnen hätten sie aus dem Ausschußkasten genommen. Das Gericht sprach den jungen Mann zwar von der Hehlerei frei, erkannte aber wegen Diebstahls auf 4 Tage Gefängnis.

Neues aus aller Welt.

Familiendrama.

Berlin, 17. Juni. Der 43 Jahre alte Tischler Müller, seine 39 Jahre alte Ehefrau und deren elfjähriger Sohn wurden heute abend in ihrer Wohnung im Hause Neue Friedrichstraße 100 erhängt aufgefunden. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg mehr. Anscheinend ist die Tat bereits heute früh begangen worden. Frau Müller trug für ein Milchgeschäft Ware aus. Als sie heute morgen gegen 11 Uhr nicht erschien, zog man Erkundigungen ein, die schließlich dazu führten, daß man die Wohnung gewaltsam öffnete. Die Leute haben wahrscheinlich erst den Knaben erhängt und dann sich auf gleiche Weise das Leben genommen. Die Beweggründe dürften in Nahrungssorgen und Krankheit zu suchen sein.

Verdächtige Erkrankungen.

Berlin, 18. Juni. Unter verdächtigen Erscheinungen erkrankte die Arbeiterfamilie Wuthein in Blankenfelde bei Malow. Drei Kinder sind bereits gestorben. Der Kreisarzt erkannte die Möglichkeit an, daß Cholera vorliege. Es wurde deshalb die Ueberführung nach dem Seuchenkrankenhause und die Unterbringung in den Sonderpavillon für Infektionskranke angeordnet. Nach Aussage des dirigierenden Arztes des Krankenhauses ist ein Grund zu ernster Beunruhigung vorläufig nicht vorhanden. Es handelt sich wahrscheinlich um eine häufig nach dem Genusse unreifen Obstes auftretende schwere Darmerkrankung und nicht um Cholera asiatica.

Schweres Eisenbahnunglück.

Posen, 17. Juni. Auf der Strecke Oels—Wilhelmsbrück, nahe bei Rempen, überfuhr ein Zug ein ländliches Fuhrwerk. Der Besitzer, seine Frau und der Kutscher wurden hierbei getötet.

Auf offener Straße erschlagen.

Erfurt, 17. Juni. Der verheiratete Maurer Schreiber wurde heute früh gegen 2 Uhr auf der Johannesstraße in Gegenwart seiner Frau von einem Manne, der ihn mutwillig angerempelt hatte, nach kurzem Wortwechsel erschlagen. Der Täter wurde von Passanten verfolgt, entkam aber.

Wegen Mordverdachts verhaftet.

Stendal, 17. Juni. Wegen Mordverdachts verhaftet wurde jetzt durch die Staatsanwaltschaft der Landwirt Gäde in Kämnitz bei Salzwedel. Seine Frau war am 20. Januar erhängt aufgefunden worden, und man hatte seinerzeit angenommen, daß sie Selbstmord begangen habe, weil man einen Zettel mit ihrer Handschrift auffand, worin sie den Selbstmord mitteilen. Schon damals äußerte sich die Bevölkerung von Kämnitz, daß der Ehemann der Mörder sei, doch konnten die Ermittlungen bisher ein positives Ergebnis nicht erzielen. Die jetzt erfolgte Verhaftung hat allgemeines Aufsehen erregt, da Gäde in pekuniär gutsituierten Verhältnissen lebte. Sie ist in der Hauptsache deshalb erfolgt, weil er bemüht war, seinen Besitz zu Geld zu machen, um mit demselben aus der Gegend zu verschwinden.

Großer Fabrikbrand in Niederweiler.

Köln, 17. Juni. In der vergangenen Nacht sind die Gebäude der Stein- und Kohlenindustrie-Gesellschaft in Niederweiler niedergebrannt. Ueber 300 Arbeiter sind ohne Beschäftigung.

Tödliche Automobilunfälle.

München, 17. Juni. In Mainbernheim wurde der Landwirt Protsch von einem Kraftwagen überfahren und getötet; bei Ochsenfurt wurde das Kind eines Bahnwärters Wohlfahrt tödlich verletzt.

Zeppelin III teilweise verbrannt.

Friedrichshafen, 17. Juni. Als heute nachmittag die letzte Gasfüllung des Z. III entleert werden sollte, entzündete sich das Gas auf bisher unaufgeklärte Weise. Ein Teil der Außenhülle des Luftschiffes ist verbrannt, die Spitze und ein Teil der Träger sind zerstört. Zwei Angestellte wurden leicht verletzt. Die Reparaturarbeiten dürften zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

35 Jahre Gefängnis und Zuchthaus für die Bergarbeiter im Ruhrgebiet.

Seit dem Streik der Ruhrbergleute sind jetzt drei Monate ins Land gegangen. Diese Zeit war eine Periode bester Konjunktur für die Streikjustiz. Zu Tausenden wurden ihr von der Polizei, von Zechenverwaltungen und von christlich-gelben Denunzianten die Streikfünder in die Arme getrieben. Geradezu fieberhaft wurde auf den Land- und Amtsgerichten des Industriebezirks gearbeitet, um des reichen Segens Herr zu werden. Die Flut der Anklagen ebbte langsam ab — die Mühlen der Justiz klappern schon langsamer. Wenn das Denunziantengesindel nicht mehr allzuviele Terrorismusfälle in seinem Gedächtnis entdeckt, dann können die Gerichte im nächsten Monat mit den Streikanklagen fertig werden. Die Sonderkammern für Streikvergehen wurden bereits aufgehoben, die noch schwebenden Fälle werden in die gewöhnlichen Sachen eingereiht.

Die Strafmaße für die Streikfünder haben sich in letzter Zeit etwas gemildert. Während im März und April jede einfache Beleidigung von Streikbrechern, etwa durch das Wort „Pfui", mit 2 bis 6 Wochen Gefängnis belegt wurde, wird jetzt für solche Vergehen nur noch auf — allerdings hohe — Geldstrafen erkannt. Vielleicht ist den Richtern selbst ein Grauen angekommen über das Resultat ihrer Rechtsprechung. Die Zahl der gefällten Urteile und die Summe der verhängten Strafen muß riesengroß sein. Die Tageszeitungen berichten nur unvollständig über die Gerichtsverhandlungen gegen Streikende. Eine lückenlose Berichterstattung war ihnen ja auch gar nicht möglich. Die Landgerichte von Bochum und Dortmund mit ihren Sonderkammern verhandelten fast täglich in mehreren Sälen, und die Berichterstatter konnten eben nicht überall sein. Daneben waren noch die Landgerichte in Essen, Duisburg und Münster mit Streikanklagen beschäftigt; in Essen und Duisburg waren sogar Schwurgerichte zur Bewältigung der vielen Anklagen zusammengetreten. Außerdem befaßten sich alle Amtsgerichte des Industriebezirks mit Streikprozessen, so außer den genannten Orten noch die Amtsgerichte in Herne, Buer, Castrop, Steele, Langendreer, Recklinghausen, Lüdenscheid, Unna und Wattenscheid.

Einen schwachen Begriff von den Leistungen all dieser Gerichte in der Verurteilung von Streikfündern gibt nachstehende kleine Zusammenstellung. Sie ist gewonnen aus den Verhandlungsberichten verschiedener Zeitungen im Industriegebiet, soweit sie verfolgt werden konnten. Vollständig ist diese traurige Statistik auf keinen Fall. Einmal kamen ja die Verhandlungsberichte nicht alle in die Presse, dann ist es aber auch leicht möglich, daß ein Teil der veröffentlichten Gerichtsberichte übersehen wurde. Dennoch ist die Zahl der festgestellten Urteile und die Summe der Strafen entsetzlich hoch. Bis zum 10. Juni ergeben sich nach den lückenhaften Feststellungen Verurteilungen:

	Männer	Frauen	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Geldstrafe
In Bochum	163	63	38	1	10	5	4022 M.
In Dortmund	176	56	23	—	11	4	5056 „
An and. Orten	171	47	23	9	2	3	2501 „
Zusammen	510	166	84	10	23	12	11069 M.

Nicht Mörder und Räuber haben diese 85 Jahre Freiheitsstrafen abzubüßen, sondern brave Arbeitsleute, die nur etwas mehr Brot für sich und ihre Kinder haben wollten. Gutwillig bekamen sie es nicht, also haben sie es den schwerreichen Kohlenkönigen durch gemeinsame Arbeitseinstellung abtrogen wollen. Das wurde ihnen von den Streikbrechern vereitelt. Die 676 Verurteilten haben nichts weiter verbrochen, als daß sie jene Arbeitswilligen zur Teilnahme am Streik zu bewegen suchten. Das geschah je nach dem Temperament durch Ermahnung, durch Schimpfworte, durch Drohungen, in vereinzelten Fällen allerdings auch durch Handgreiflichkeiten. Die wenigen Gewaltätigkeiten, die vorgekommen sind, haben eine furchtbare Strafe nach sich gezogen. Ein Arbeiter erhielt dafür 3 Jahre Zuchthaus, zwei andere je 2 Jahre Gefängnis, weitere zwei jeder ein Jahr und drei Monate. In keinem Falle — das muß hervorgehoben werden — haben Streikende ein Menschenleben auf dem Gewissen. Fünf Menschen wurden allerdings während des Streiks getötet. Aber nicht von streikenden Arbeitern sind sie erschlagen worden — sie fielen von den Revolverkugeln der Polizei und eines christlichen Arbeitswilligen. Drei der Opfer sind, wie es amtlich heißt, in der Notwehr getötet worden, die anderen zwei durch eigenes Verschulden und unglücklichen Zufall. Den Tätern dürfte kaum etwas geschehen, die Untersuchung wird ihre Straflosigkeit schon ergeben.

Den Bergleuten und allen anderen Arbeitern hat der Streik und der nachfolgende Justizfeldzug eindringliche Lehren erteilt. Wer die Macht hat, auf dessen Seite steht das Recht. Wenn die Arbeiter ihr Recht wollen, müssen sie sich die Macht verschaffen. Sie ist zu erlangen durch die Einigkeit, durch die Organisation. An den Arbeitern selbst liegt es, diese Lehren in die Tat umzusetzen. Je früher sie es tun, desto geringer werden die Opfer sein, die sie im Kampfe um ihr Recht bringen müssen.

Lokales.

Holzarbeiter.

Die Differenzen bei der Bautischlerei Ad. Trippner in Großschachwitz, welche seit Dezember v. J. bestanden, sind nunmehr beigelegt und ist die Sperre über diesen Betrieb aufgehoben. Es wird Sache der Kollegen sein, in Zukunft das Vereinbarte hochzuhalten. Wir richten aus diesem Anlaß an alle Kollegen die Forderung, die tariflichen Abmachungen überall strikte einzuhalten, um damit eine Einheitlichkeit für das ganze Lohngebiet zu erzielen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Lokalverwaltung Niederfedlitz

Inland.

Große Aussperrungen in der Metallindustrie angekündigt.

Aus Magdeburg wird uns gemeldet: Durch Montagmittag erfolgten Anschlag in den Magdeburger Betrieben der Metallindustrie gibt der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller bekannt, daß zur Unterstützung des Vereins der Metallindustriellen der Provinz Hannover in dem ihm von den Gewerkschaften aufgezwungenen Kampfe am Abend des 22. Juni in sämtlichen, der Verbandsgruppe Hannover, Halle und Magdeburg angehörenden Betrieben die Entlassung von 60 Prozent der Arbeiterschaft eintritt, wenn bis dahin nicht alle innerhalb des Hannoverschen Vereins bestehenden Arbeiterbewegungen beigelegt worden sind.

Da keine Aussicht vorhanden ist, daß diese Beilegung erfolgt, dürfte mit Sicherheit die Metallarbeiter-Aussperrung perfekt werden.

Lohnbewegungen.

Der Streik der städtischen Arbeiter in Tilsit mußte abgebrochen werden. Die Organisationsleitung mußte den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen, da sich doch Streikbrecher in größerer Anzahl fanden. Die geforderten Lohnerhöhungen wurden aber durchgängig bewilligt.

Ausland.

Zum Transportarbeiterstreik in England.

Die Lage in den englischen Häfen ist augenblicklich folgende: In Liverpool wird morgen eine Versammlung stattfinden, in der es sich entscheiden soll, ob die Docker die Arbeit wieder aufnehmen sollen oder ob der Ausstand fortgesetzt wird. In Southampton wird die Arbeit langsam wieder aufgenommen. In Swansea ist die Arbeitsaufnahme eine vollständige und in Manchester eine teilweise. An der östlichen Küste Englands wird wie gewöhnlich gearbeitet. In Firth of Forth ist das Referendum noch nicht abgeschlossen, aber man glaubt, daß der Streik beendigt wird. In Cardiff ist noch keine Entscheidung gefallen. In Bristol verfolgen die Arbeitgeber die Arbeiter gerichtlich wegen Kontraktbruchs; ebenso wurde in Port Talbot die Arbeit teilweise wieder aufgenommen, dagegen herrscht in Ipswich noch völliger Ausstand. In London kann man die Lage als unverändert bezeichnen, indessen geben die Führer der Streikenden zu, daß die ganze Bewegung gescheitert ist.

Beendigter Streik.

Brest, 17. Juni. Der Ausstand der eingeschriebenen Seeleute ist beendet. Die Reeder haben den Ausständigen eine monatliche Erhöhung ihrer Bezüge um 15 Frank gewährt.

Vereinskalender für Dienstag.

4. Reichstagswahlkreis. Abends 9 Uhr Frauenversammlung im Deutschen Haus, Großenhainer Straße.

6. Reichstagswahlkreis: Bezirk Lobtau. Abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Bürgergarten, Lübecker Straße. — Bezirk Cotta. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Schusterhaus. — Bezirk Naußlitz. Abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung in der Linde. — Bezirk Gorbitz, Peterwitz und Umg. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Hofmann, Gorbitz. — Gruppe Leuben und Umg. Vorstandssitzung mit Delegierten.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Dresden). Abends 8½ Uhr Branchenversammlungen für die Zigarrenindustrie im Nürnergarten, Große Meißner Straße.

Vereinskalender für Mittwoch.

Gewerkschaftskartell Dresden. Abends 8½ Uhr Versammlung im Saale des Volkshauses, Rosenbergstraße 2.

6. Reichstagswahlkreis: Bezirk Zaucherode, Burgwitz usw. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof zu Oberhermsdorf. — Bezirk Döhlen, Unterweißig usw. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Angermanns Gasthof in Döhlen.

Sicher
ist jeder Qualitäts-Raucher befriedigt von den
Jasmatzi-Cigaretten.
„Unsere Marine"... 2 Pfg.
„Jasmatzi Dubec"... 2½ „
„Elmas"... 3-5 „

Riesenauswahl in
Gardinen
Stores, Vitragen, Vitragendamast, Köper, Spachtelkanten und Gardinenresten
spottbillig bei
Kupfermann
Dresden, Pillnitzer Str. 14. I.
Kein Laden!

Meine Uhr geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinschaffen? Zu
H. Lorenz
jetzt Frauenstraße 1
Ecke Schöffergasse
wo man alle Uhren gut und billig repariert. Preisangabe sofort.
Neue Uhren billigst.
Trauringe in grosser Auswahl

Kluge Frauen
„Frauentee", Paket 75 Pf.
Mutterspritzen, Spülkannen
Monats-Gürtel, Leib-Binden
sowie alle
Frauen-Artikel.
Nur bessere Ware!
R. Freisleben
Postplatz. Tel. 33.
Man achte auf Firma.

Hochel. Kinder- u. Klappwag. (a. geb.) Leihanstalt, Wagner b. Terrassenstr. 36

Neunter ordentlicher Genossenschaftstag.

k. Berlin, 17. Juni.

In den Konkordiasälen begann heute abend der neunte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Die dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften sind seit der letzten Tagung stark gewachsen: ihre Mitgliederzahl stieg im letzten Jahre um rund 200 000 auf 1 325 000. Diese Erstarkung der Konsumvereine kommt auch in der Beschickung des Genossenschaftstages zum Ausdruck. In München (1910) waren 600, in Leipzig (1911) gegen 900, und diesmal sind über 1100 Delegierte anwesend. Die Zahl der ausländischen Gäste ist auch zahlreicher als auf früheren Genossenschaftstagen. Vertreter haben entsandt: Genossenschaften in Frankreich, Dänemark, Großbritannien, Holland, Oesterreich, Italien, Rußland, Schweden, Schweiz und Finnland. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vertritt Bauer-Berlin. Außerdem haben die Gewerkschaften, die in engen Beziehungen mit den Genossenschaften stehen, wie die Lagerhalter, Handlungsgehilfen, Transportarbeiter, Bäcker und Tabakarbeiter, Delegationen entsandt.

An Stelle des durch Krankheit verhinderten ersten Vorsitzenden Radestock-Dresden eröffnete der zweite Vorsitzende des Zentralverbandes, Barth-München, die Tagung mit herzlichen Begrüßungsworten. Er hieß besonders die ausländischen Vertreter willkommen. Deren große Zahl zeige, welche Hochachtung und Anerkennung die Erfolge des Zentralverbandes in anderen Ländern finden. Barth gibt noch bekannt, daß auch die Handelskammer zu Berlin einen Vertreter entsandt habe. Die hiesigen staatlichen Behörden seien ebenfalls eingeladen worden, einzelne davon hätten das Bedauern ausgesprochen, daß die Geschäfte ihnen nicht gestatten, zu der Tagung eine Vertretung zu entsenden. (Hört, hört!) Von einer Reihe weiterer Behörden sei eine Antwort nicht eingetroffen.

Mirus-Berlin hieß den Genossenschaftstag namens des Berliner Konsumvereins willkommen und wünschte den Verhandlungen besten Erfolg. Er gab ein Bild der schönen Entwicklung des Berliner Vereins und sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß der Genossenschaftstag, der wichtige sozialpolitische Aufgaben (Volksversicherung) zu lösen habe, ein Markstein werden möge in der deutschen Genossenschaftsbewegung.

Dieser Ansprache folgten die Begrüßungsreden der ausländischen Vertreter. Alle gaben ein Bild der Genossenschaftsbewegung ihres Landes und schilderten deren starke Entwicklung. Wie in Deutschland sind auch in den übrigen Ländern die Genossenschaften mächtig fortgeschritten. Der Vertreter der großbritannischen Genossenschaften betonte am Schlusse seiner Ausführungen, ihr Ziel sei auf den internationalen Weltfrieden und das Wohlergehen aller Völker gerichtet. Sie seien nicht nur als Genossenschaftler, sondern als englische Staatsbürger anwesend, die den Deutschen die Hand reichen. (Großer Beifall.)

Auch die Ausführungen der übrigen Redner waren auf einen friedlichen Ton gestimmt und bildeten eine Demonstration gegen den Krieg und für den Völkerfrieden. Der Vertreter des Genossenschaftsverbandes französischer Konsumvereine erblickt in einer starken Genossenschaftsbewegung eine Garantie für den Weltfrieden. Die Genossenschaften bekämpften die Schäden des Kapitalismus und förderten das nationale Wohl und den internationalen Frieden. (Beifall.)

Für die österreichischen Konsumvereine brachte Genosse Dr. Renner-Wien die aufrichtigsten Grüße und Glückwünsche. Sie führten in Oesterreich denselben Kampf gegen die Gesetzgebung wie er in Deutschland geführt werde, und die bürgerlichen Parteien würden ihnen dieselbe einmütige Feindschaft entgegenbringen, wie dies hier der Fall wäre. Auf den Staat dürfe man keine Hoffnungen setzen, daß er den organisierten Konsumenten Erleichterungen verschaffe. Das beste sei die Selbsthilfe, die organisierte Selbsthilfe der Massen. Als Frucht der österreichischen Teuerungsbewegung sei ein Anwachsen der Genossenschaften zu verzeichnen. Mit der Arbeiterschaft Deutschlands seien die Oesterreicher durch die Tradition des gemeinsamen Kampfes verbunden. Und wie in politischer Hinsicht die Beziehungen innige seien, so auch auf genossenschaftlichem Gebiet. (Lebh. Beifall.)

Namens der Gewerkschaften begrüßte Bauer-Berlin den Genossenschaftstag. Genau wie die Genossenschaften, so verfolgen auch die Gewerkschaften wirtschaftliche Ziele. Beide Organisationen hätten das Bestreben, die wirtschaftliche Lage der Minderbemittelten und die Wohlfahrt der breiten Masse des Volkes zu heben. Aus diesen gemeinsamen Zielen ergäbe sich ganz naturgemäß ein gemeinsames Zusammenarbeiten. Als Beweis für dieses gemeinsame Zusammenarbeiten dürfe man wohl den Punkt 6 der Tagesordnung: Die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft, bezeichnen. Diese sei das erste Unternehmen, das gemeinsam errichtet werde. Er hoffe, daß es nicht das letzte gemeinsame Werk sei. (Beifall.)

Generalsekretär Kaufmann-Hamburg berichtete hierauf über Angelegenheiten des internationalen Genossenschaftsbundes.

Dann wurden, abends 9¼ Uhr, die Verhandlungen auf morgen vertagt.

Parteiangelegenheiten.

Frieden im Göppinger Parteistreit.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Göppingen-Gmünd tagte am Sonntag den 16. Juni auf dem Hohenstaufen. Es waren 139 Delegierte anwesend. Das Mandat des Genossen Radek, der am Tage vorher in Gmünd, nach einem Vortrag über die Göppinger Preßangelegenheit, zum Delegierten gewählt worden war, wurde beanstandet, da Radek nicht Mitglied der Parteiorganisation des Kreises ist. Ein Gmünder Genosse glaubte die Zugehörigkeit Radeks zur Partei überhaupt aus seiner Mitarbeiterschaft an der Neuen Zeit herleiten zu können. Die Anwesenheit Radeks sei notwendig, da er am ehesten in der Lage sei, die Angelegenheit des Göppinger Geschäfts der Generalversammlung klarzulegen. Darauf gab Genosse Ebert vom Parteivorstand im Einverständnis mit dem Genossen Braun folgende Erklärung ab:

„Wir sind bereit, mit den Genossen des 10. württembergischen Reichstagswahlkreises über die Sanierung des Göppinger Parteiunternehmens eingehend zu beraten. Wir haben zu diesem Zweck bereits mit allen in Betracht kommenden Parteiinstanzen darüber verhandelt und sind einmütig zu einem Vorschlag gekommen, den wir der Kreisgeneralversammlung unterbreiten wollen. Ablehnen müssen wir es jedoch nach wie vor, über diese schwierige, vorwiegend geschäftliche Angelegenheit mit dem Genossen Radek zu verhandeln, der weder im Wahlkreis organisiert, noch mit den geschäftlichen Angelegenheiten vertraut ist und der zudem durch die parteischädigende Art, wie er diese Angelegenheit in der Oeffentlichkeit behandelte, einen solchen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl an den Tag gelegt hat, daß die Verhandlungen mit ihm zu keinem gedeihlichen Ergebnis führen können. Glaubt der Genosse Radek über den Parteivorstand oder einzelne seiner Mitglieder Beschwerde führen zu müssen, so kann er sich an die Kontrollkommission der Partei wenden, die seine Beschwerden sofort zu prüfen hat. Dieser für alle Parteigenossen vorgezeichnete Weg muß auch für den Genossen Radek maßgebend sein.

Braun. Ebert."

Mit großer Mehrheit wurde dann das Mandat Radeks für ungültig erklärt. Darauf zogen sich die Gmünder Delegierten zu einer Besprechung zurück. Nach ihrer Rückkehr ersuchten sie um erneute Abstimmung über die Gültigkeit des angefochtenen Mandats und gaben, nachdem dieses Ersuchen abgelehnt war, folgende Erklärung ab:

„Die unterzeichneten Delegierten sehen in der Nichtzulassung des Genossen Radek als Delegierten Gmünds eine Beeinträchtigung der Rechte der Gmünder Mitgliedschaft. Sie konstatieren, daß der Genosse Ebert gegen Radek schwere Beschuldigungen erhoben, daß ihm aber das Recht der Gegenwehr durch den Beschluß der Generalversammlung abgeschnitten wurde. Sie sind der Ueberzeugung, daß Genosse Radek nach bestem Wissen den Interessen des 10. Wahlkreises dienen wollte und daß das Verhalten des Parteivorstandes den Eindruck erwecken muß, es seien Dinge zu verbergen, die den Parteigenossen nicht bekannt werden sollen. Sie sind gezwungen, die Verantwortung für die heutige Verhandlung abzulehnen und an ihr nicht mehr teilzunehmen."

Sodann verließen die 15 Delegierten von Gmünd, 6 weibliche und 1 männlicher Delegierter von Göppingen mit Radek und Thalheimer die Generalversammlung.

Ebert berichtete nunmehr eingehend über die Entwicklung der Zeitungsangelegenheit, seine Feststellungen durch Verlesung der in der Sache gewechselten Briefe belegend. Die Versammlung stimmte ihm mit großem Beifall einmütig zu. In der kurzen Debatte wurden die Angaben Eberts von sämtlichen Rednern bestätigt; insbesondere hob Kinkel hervor, daß während der Verhandlungen ihm das vom Parteivorstand angewiesene Geld stets anstandslos ausgezahlt worden ist. Nachdem der Schluß der Debatte angenommen war, erklärte der Vorsitzende Schepperle: daß er nicht habe ausführen können, daß er mit dem Vorschlag Eberts einverstanden sei, er wolle der Sanierung nicht im Wege stehen, sei aber nach wie vor der Ansicht, daß der Rücktritt Thalheimers erzwungen war. Nunmehr erteilte Ebert der Versammlung beitragend, die Debatte wieder zu eröffnen, um Schepperle Gelegenheit zur Begründung seiner Ansicht zu geben. Dem wurde zugestimmt. Schepperle legte in Kürze die Vorgänge dar, aus denen er den Schluß gezogen hat, daß der Rücktritt Thalheimers kein freiwilliger gewesen sei. Nachdem Ebert vom Parteivorstand und Hildenbrand vom Landesvorstand nachgewiesen hatten, daß Schepperle von irrigen Voraussetzungen ausgeht, wurde erneut die Debatte durch einstimmigen Beschluß geschlossen und folgende Resolution einmütig angenommen:

„Die Freie Volkszeitung in Göppingen bleibt ein selbständiges Blatt mit eigener, selbständiger Redaktion. Zur Verbilligung ihrer Herstellung wird der allgemeine politische Teil in Matrizen von der Schwäbischen Tagwacht in Stuttgart bezogen. Der Druck der Donau-Wacht wird von Stuttgart nach Göppingen verlegt. Die von Stuttgart bezogenen Matrizen werden auch für die Donau-Wacht verwandt, deren Redaktion wie bisher selbständig in Ulm geführt wird. Die Sanierung wird vom Parteivorstand und Landesvorstand durchgeführt. Diesen Körperschaften wird in allen wichtigen geschäftlichen Angelegenheiten des Göppinger Unternehmens entscheidender Einfluß eingeräumt. Die Entscheidung über die redaktionelle Haltung der beiden Blätter bleibt wie bisher den Genossen der Verbreitungsgebiete überlassen."

Soziales.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Am Freitag hielt das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose seine Generalversammlung in Berlin im Reichstagsgebäude ab. Den einzigen Gegenstand der diesjährigen Verhandlungen bildete die Frage der Bekämpfung der Tuberkulose im Mittelstande. Von verschiedenen Rednern wurde erklärt, daß die Unterbringung von tuberkulosekranken Mittelstandsangehörigen in den Volksheilstätten zwar an sich durchaus zulässig wäre, daß aber doch eine Trennung der Patienten aus dem Arbeiterstande und aus dem Mittelstande zu wünschen sei, weil sich die tuberkulosen Mittelstandsangehörigen unter den Arbeitern nicht wohl und heimisch fühlten und weil der Heilerfolg gefährdet erscheine, wenn der Patient schon mit einem gewissen Widerwillen in die Anstalt eintrete. Insbesondere war es ein Anstaltsarzt Dr. Lieber aus Waldhof, der alle möglichen Schauergeschichten erzählte, wie sozialdemokratische Arbeiter in den Tuberkulose-Heilstätten ankommende Patienten aus dem Mittelstande belästigten. Er erwähnte u. a. Fälle, wo die Arbeiter jene Ankommenden gefragt hätten: „Liest du den Vorwärts?" und stellte die kühne Behauptung auf, daß die Arbeiter lieber auf die Anstaltspflege verzichteten, als daß sie etwa mit einem Zollbeamten usw. gemeinsam in einem Zimmer untergebracht sein wollten. Geheimrat Hütter empfahl dann noch vor Schluß der Sitzung den Zusammenschluß der Zentralen für Tuberkulose-, Alkohol- und Krebsfürsorge und die Schaffung einer gemeinsamen Versicherung für alle diese Zweige.

Aus dem Bericht des Zentralkomitees über den Stand der Tuberkulose im Jahre 1912 ist hervorzuheben, daß zurzeit in Deutschland 188 Heilstätten mit 14 079 Betten vorhanden sind. Fünf Anstalten nehmen Kranke verschiedener Stadien in 482 Betten auf. Für Kranke in vorgeschrittenem Krankheitsstadium stehen 128 Anstalten oder Abteilungen in Krankenhäusern zur Verfügung. Für tuberkulöse Kinder sind 21 Anstalten mit 1868 Betten, für tuberkulosebedrohte und -bedrohte 100 Häuser mit 8644 Betten vorhanden. Die Zahl der Wiederholungsstätten ist auf 89, die der Wohnstätten auf 18 gestiegen. Die Auslese für die Heilstätten findet in 33 Beobachtungs- bezw. Durchgangsstationen statt. Von Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke, namentlich auch auf dem Lande, einschließlich der badischen Ortsausschüsse, bestehen zurzeit etwa 1400 in Deutschland.

Parteigenossen! Gelesene Nummern der Volkszeitung bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

am 17. Juni 1912 zu Dresden.

Schlachtviehgattung und Auftrieb	Wertklassen	Marktpreis für 50 kg Lebend-Gewicht Mk.	Schlacht-Gewicht Mk.
I. Rinder A. Ochsen 211	1. Vollfleischige, ausgemästete höchst. Schlachtwertes bis zu sechs Jahren	51—54	94—100
	2. Junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	44—48	86—89
	3. Mäßig genährte junge — gut genährte ältere	38—41	76—79
	4. Gering genährte jeden Alters	30—33	70—74
B. Bullen 254	1. Vollfleischige, ausgewachs. höchst. Schlachtwertes	50—52	89—94
	2. vollfleischige jüngere	44—47	81—85
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	38—41	76—79
	4. Gering genährte	—	—
C. Kalben u. Kühe 181	1. Vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes	50—52	89—94
	2. Vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu sieben Jahren	45—48	83—86
	3. Relativ ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	38—43	74—80
	4. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben	32—36	69—73
	5. Mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben	—	—
D. Fresser —	Gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahre	—	—
II. Kälber 420	1. Doppellender	80—85	110-125
	2. Beste Mast- und Saugkälber	56—58	96—98
	3. Mittlere Mast- und gute Saugkälber	53—54	91—94
	4. Geringe Kälber	41—45	81—85
III. Schafe 296	1. Mastlämmer u. junge Masthammel	48—50	92—96
	2. Ältere Mastlämmer	40—42	85—88
	3. Mäßig genährte Lämmer und Schafe (Merzschafe)	—	—
IV. Schweine 1591	1. Vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1¼ Jahr	66—67	73—74
	2. Fettschweine	57—58	74—76
	3. Fleischige	53—55	70—72
	4. Gering entwickelte	59—62	68—69
	5. Sauen und Eber	50—53	67—70

Schlachtpreise: 3623. Auftriebsüberschuß über Markt. Ueberstand: Rinder 6, davon 2 Schafe, 1 Bullen, 1 Kuh, 5 Schafe, 17 Schweine. — Geschäftsgang: Bei Rindern und Kälbern langsam, bei Schafen und Schweinen mittel.

Globus-Putzextrakt
Globus
Putzextrakt
putzt alle Metalle am besten.

Nur Galeriestr. II. bei D. Langer Nähe des Altmarktes kaufen Sie Ihre Kleider vom Herrschaften wenig getr. billig. Maßanzüge v. M. 8.—, 16.—, Ulster, Paletots v. M. 5.—, 18.—, Kinderanzüge aus gutem Stoff v. M. 2.50, Pelerinen v. M. 5.—, Hosen, Schuhe v. M. 1.50, neue Musteranz. a. gut. Stoff v. M. 15—20, Damenkostüme v. M. 5—10, Federbetten v. M. 10 an. Frackanzüge v. 15—20 M., auch zu verleihen. Auswärtige Kunden Fahrtvergütung. Große Auswahl in gebr. Möbeln Jahrmarkts-Sonntag geöffnet.

Fisch-Götze Vogelwiese Globusplatz.

Geld gefunden wer bei mir kauft wenig getragene, zum Teil auf Seide gearbeitete Anzüge und Paletots, die neu bis 100 M. gekostet haben, für 8.—, 12.—, 16.—, 20.— M. Frack- und Gehrock-Anzüge auch leihweise. S. Falik Große Brüdergasse 31, II. Genau die Nr. 31 beachten!

12 Kabinett-Photographien von 3 M. an liefert Photograph Rich. Jähnig Marienstraße Nr. 12 im Hause von Seigel & Zeeh.

Damen-Rad m. Freil. bill. z. vk. Bautzn. Str. 8, II. l.

Frauen gebrauchen bei Störungen Perioden-Pulver Schachtel à 2.50 M. Prospekte gratis. Frau Hennig, Am See 24.

Dresdner Volkshaus Ritzenbergstr. 2 — Maxstr. 13 Schützenplatz. ff. Biere

Gelegenheitskauf! Vogt, Illustr. Weltgeschichte 6 Bde. Statt 35 M. nur 18 M. Volksbuchhandlung, Gr. Jüngerstr.

Gardinen usw. auch Teilzahlung. H. Loos, Lilienstraße 18 1. Tel. 18012.

Fahrräder jetzt spottbillig bei Spreer Bautzner Straße 11.

Gelegenheitskauf! 2 neue Matratzen 178×80 für 16 M. m. R., 1 Sofa, neu, Kissen zum Klappen, Persermuster, 26 M. Rabe, Tapezierer, Kleiststraße 15.

Herren-Wäsche Krawatten, Blaue Anzüge kauft man am billigsten bei E. Köhler, Am See 13.

Nur Breite Str. 12 II. Ueber den Winzerstuben kauft man Anzüge, von Herrschaften wenig getragen, von 8 M. an, getragene Ulster und Paletots von 6 M. an, Jacketts und Hosen von 2 M. an, Gummimäntel u. Wetter-Pelerinen sow. neues Schuhwerk in allen Größen sehr preiswert. Fracks und Gehröcke werden billigst verliehen und verkauft. Kunden von auswärts Fahrtvergütung. Bitte genau auf Nummer und auf Schilder rot-weiß zu achten. Nur Wähler, Dresden-A., Breite Strasse, Zur billigen 13, II.

Nur Große Brüdergasse 11, I. Eingang Unergasse, best. sauber billig herrschaftl. gebr. H.- u. D.-Schuhe Kleider, Wäsche Betten. Gehrock- und Smoking-Anzüge. Gewähre 10 Proz. Rabatt. Sonnabends geschlossen

Aufpolstern von Sofas und Matratzen gut und billig. Bauhofstraße 17, part.

Kleian's Hienfong-Essenz

Zöpfe in großer Auswahl, auch von hier gegebenen Haaren, werden billigst angefertigt. Karl Nobiling Dornblüth-, Ecke Wittenberger Str.

Modern. Klappsportwagen, Nußbettstell., Kinderwag. billig zu verkaufen Lilienstraße 8, part.

Bettstelle mit Matr., eis. Ober-Tisch, Schaufenstervorh., Chaiselongue sof. z. vk. Bautzn. Str. 31, Hofl.

Herrschaftl. gebr. u. f. neue Anzüge, Ulster kaufen Sie am besten bei Schneidermeister Gebler, Freigasse 3, I.

Aufpolstern! Sofa von 12 M., Matratzen von 9 M. m. a. Auslagen — Karte genügt. Rabe, Tapezierer, Kleiststraße 15.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120618/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kleiner zu verieren. Diese Dame war bei Weiß schließlich: weiterhin, in welch anderen Ton sie auf der heftig hervorgeschleuderten Frage: „. . . aber du hast doch schon einmal geliebt? — Wen hast du geliebt? — Ja, glaubst du denn überhaupt noch an jemanden?" antwortete, ruhig, leidenschaftlos, gleichgültig: „Ich weiß nicht." — Sie war das Weib in Reinkultur (Reinste Kultur?) — sie lag auf dem Sofa und ließ sich von einem fremden Mann küssen, sie gab Liebeslob in der Wohnung ihres Mannes streichen die Schmeichelworte voll, — und man fühlte, wie alle Einwände an dieser lächelnden Geschlechtsnächtlichkeit der Natur versagen würden. . . . Liebelind spielte den Dr. Schön, schlangenfeier, ohne Gefühl für die Komtesse, die es da auf der Bühne gab. (So soll die Geschichte sein: ohne Rücksicht auf Gegenfüße, und seien es die wahrhaftigsten.) Es war der stärkste Berliner Theaterabend des Jahres. Wir sind das gar nicht mehr gewöhnt: die Rollen waren nur Rollen und spielten nicht mit — ein Spiegel war durch angestrichenes Blech angedeutet, ein Paar Soffitten, Wände — aber in den Worten war Blut und Leben, und jede Handbewegung dieser Frau, ein Stocken im Gespräch war Erlebnis. Als Prolog erschien Liebelind in rotem Frack als Zirkusdirektor, knallte mit der Peitsche, schob einen Revolver ab: „Hereinspaziert!" — Er pries sich an, er wurde seine Bestien zeigen, ein Theaterarbeiter trug auf seinen Schultern Lilly Liebelind im Pierrotkostüm heraus „die Schlange" — und als Clou verwandelt sich Liebelind, einem Artist den Kopf in den Rachen zu stecken. Es beiße nicht, es sei zu zeig. . . . „Wisst ihr den Rosen, den dies Weiser fühlt? — — Verchrtes Publikum!! ——— Hereinspaziert!" Aber unser Berliner Publikum ist kein Weiser, — es ist nur dumm. Denn noch wie vor erregten Worte des dunklen Dichters und die Tatsache, daß sich jemand hinter einer Maskine verbirgt hieß, tiefdige Heiterkeit. Eine starken Konsolidierungen, aber bedeutet von eine Stadt aufgeboten, ernst, wahr, verzweifelnd, mit hohen Hinsicht, in denen Zuschauer wer weiß was geschrieben machen, Paris, das Paris des ganzen Kaiserreichs. Leben. . . . Dennoch wie immer: über der Denkenden spielt die Frau als Siegerin. tu.

Meine Mitteilungen Ein bezeichnendes Wort Max Liebermanns macht, wie die Berliner Zeitung berichtet, gegenwärtig in Berliner Künstlerkreisen die Runde. Max Liebermann besuchte vor einiger Zeit den Großen Kaiserpreis in seinem Atelier. Forschend ging sein Blick durch den Raum, bis er an einem sich Kaiserlich besten blieb. Da entdeckte Liebermann etwas, was sie Bewunderung erregte. „Mal," so sich er sich vernehmen, „Sie haben einen Kaiserpreis!" Für die beiden Malerkameraden bedeutete Kaiserpreis und Liebermann ist es allerdings unwahrscheinlich, daß der eine einen Kaiserpreis hat und daß der andere bewundert ist, daß es ja etwas noch gibt.

Die den Geheimrat Hergesell im Sommer vorigen Jahres in Spitzbergen errichtete internationale meteorologische Station hat nunmehr ein volles Beobachtungsjahr hinter sich. Der Versuch, im nördlichen Winter die meteorologische Erforschung der Atmosphäre zu unternehmen, ist als gelungen zu bezeichnen. Es sind eine Reihe von Pilotballonaufstiegen, zahlreiche geistige Aufstiege mit Drachen und Drachen unternommen, auch Registrierballonaufstiege bis zur Höhe von 7000 Meter sind ausgeführt worden. Die klimatische Erforschung von Spitzbergen ist durch drei meteorologische Stationen in verschiedenen Höhen, wovon die höchste auf dem Nordenskjöldberg (1024 Meter) allerdings nur gelegentlich gearbeitet hat, ebenfalls gefördert worden. Dr. Kurt Wegener, der das geophysikalische Observatorium in Lemsa bei zwei Jahren geleitet hat, ist von Professor Hergesell mit der Leitung der wissenschaftlichen Arbeit für das nächste Jahr beauftragt worden.

Büchertisch Alexander, Dr. K.: Kriechtiere und Lurche fremder Länder. Mit einem farbigen Titelblatt und zahlreichen Zeichnungen von J. Kutzer. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Franckhsche Verlagshandlung). 8°. 1912. (99 S.). Geh. 1 M., geb. 1.80 M. — Die Kosmosliebhaber werden es sicher mit Freuden begrüßen, daß Alexander seinen bekannten Büchlein über Kriechtiere und Lurche Deutschlands ein solches über Kriechtiere und Lurche fremder Länder folgen läßt. Diese wunderlichen Kaltblüter fremder Zonen werden uns hier in ihrem wichtigsten Leben vorgestellt.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz. Von J. Seelig. Preis für das gebundene Exemplar 1.— M. Unsere Leser kennen die Broschüre, aus dem man ein Buch gemacht ist, nach dem viele Arbeiter gefragt werden. Der Verfasser hat eine kurze Einleitung mit Erinnerungen aus seinen Kindern, Lehr- und Wanderjahren dem Buche vorangestellt, um der jungen Generation der Arbeiter zu zeigen, wie sich der Verlauf des Arbeiterlebens und Handwerkers der alten Schule im allgemeinen gestaltete.

Heiteres Ein Lehrer fragt in der Schule die schwere Frage: „Wodurch pflanzt sich der Frosch fort?" und erhält zur Antwort:

„Durch Hüpfen pflanzt sich der Frosch fort, Herr Lehrer!"
(Fliegende Blätter Fortschritt.)

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 19. Juni. Opernhaus (Altstadt): Geschlossen. — Schauspielhaus (Neustadt): Der Raub der Sabinerinnen. Schwank in 4 Akten von F. und P. v. Schlichtkrull. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater: Sommerspuk. Anfang 8 Uhr. — Zentraltheater: Eine Million. Anfang 8 Uhr.

Residenztheater. Morgen Mittwoch findet die Erstaufführung von Sommerspuk, ein fröhliches Spiel von Kurt Kühler, statt. In Szene gesetzt ist die Komödie von Direktor Witt. In größeren Rollen sind beschäftigt die Damen Böck, Grandmaison, Berg, Menzel, Marschall, Münchheim, Kattner; die Herren Jenbo, Wolf, Wagner, Gefferd, Hanschmann und Wieland.

Vorträge. Verein für Verbesserung der Frauenkleidung, Dresden. Nächsten Donnerstag, den 20. Juni, findet im Künstlerhaus, Brunnen Straße, von 4—6 Uhr, die letzte Auskunftssitzung vor den Sommerferien statt. Halb 5 Uhr wird ein kurzer Vortrag gehalten mit Vorführungen der besten Modelle von Unterkleidung auf Lebenden, außerdem vom Sommer- und Reisekleidern. Herren haben diesmal keinen Zutritt. Der Eintritt ist frei!

Freie Turnerschaft Dresden und Umgegend (gegründet 1892). In dem am Sonntag den 23. Juni stattfindenden Bezirkswettspiel spielen folgende Mannschaften. Spielfeld A. Vorlauf: Dr. Turnerschaft — Dresden (1.00 bis 1.30), Pirkigt — Pirna (1.35 bis 2.05), Fichtenstig — Cotta (2.10 bis 2.40), Pieschen — Weißeritztal (2.45 bis 3.15), Mockritz — Löbtau (3.20 bis 3.50). Jugendmannschaften: Pieschen — Fichtenstig (3.55 bis 4.25), Löbtau — Cotta (4.30 bis 5.00). Spielfeld B. Vorschlag: Pirna — Pirkigt (1.00 bis 1.30), Jahn I — Dr. Turnerschaft (1.35 bis 2.05), Pieschen II — Mockritz II (2.10 bis 2.40), Cotta I — Mockritz I (2.45 bis 3.15), Fichtenstig II — Jahn II (3.20 bis 3.50), Fichtenstig I — Pieschen I (3.55 bis 4.25). Spielfeld C. Endspiel: Pirna — Mockritz (1.00 bis 2.00), Löbtau — Turnerschaft (2.05 bis 3.00). Nachmittags 5 Uhr Fußballwettspiel gegen zwei Bezirksmannschaften.

Sonntag den 23. Juni, vormittags pünktlich 11½ Uhr, Schlußbesprechung im Restaurant zur Linde, Meißnerstraße. Mannschaften, die sich an den Bezirkswettspielen beteiligen, haben sich bis spätestens den 23. Juni zu beteiligen.

VVK **Volksvorstellung im Residenztheater.** Sonntag den 23. Juni, nachmittags ½4 Uhr, findet die nächste Vorstellung der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege statt. Zur Aufführung kommt „Die Mutter", Schauspiel in vier Aufzügen von Georg Hirschfeld". — Karten zu 75 Pf. sind zu haben im Büro des Gesamtvolksbildungsrats, Nigandstraße 4, 1.; Volksbildungshaus, Zwingerstraße 14; C. Feindt, Materialwaren 1 (Marktplatz); F. Jahnsdorf, Zigarrengeschäft, Augustusstraße 18; G. Hübner, Zeitungsladen, Prager Straße 8 (Neustadt); Ad. Krebsler, Reisebüro, Prager Straße 22 (Neustadt); Robert Wirth, Zeitungsladen, Prager Straße 10 (Neustadt); Franz Wichmann, Zigarrengeschäft, Marienstraße 20; Max Uhlmann, Reisebüro, Prager Straße 2, 1.; Julius Eggert, Bildungsanstalt, Prager Straße 46 (Neustadt); Bernhard Zahn, Instrumentenmacher, Pirnaer Straße 7; Richard Dreßler, Kolonialwaren, Forbacher Straße 5; Ernst Hänel, Gardinenhandlung, Elisenstraße 12; Arbeitersekretariat Dresden, Theaterplatz, Ecke Seestraße; Otto Brunde, Kaufmann, Schaufelstraße (Neustadt); Max Tobeich, Schandauer Straße 12; Otto Pfeifer

[illegible] Nr.

[illegible] Regle

[illegible] Kriegsjahre [illegible] Kriegsschule und Welt. Brode- und Hartkeile in allen möglichen Größen und in Gewegen bis zu 3000 Meter, Rohrbrüsse und Rohrverschlüsse, wie sie auch beim Maschinen- und Kanonenbau Verwendung finden, einen fertig montierten Sperrschuß mit dem Zündapparat und einer gehärteten Ladung Dynamit. Um etwas ganz Alles zu nennen: verschiedene Kanonen aus Hitlerdorf, wie sie in den „Antiquen Stuben" am Chemnitzer Museum stehen. Und etwas Neues: eine reichhaltige, ansehnliche Kollektion, die alles enthält, was mit der Radiumforschung und -gewinnung sowie mit der Erforschung radioaktiver Wasser zusammenhängt. Übrigens wird auch Radiumwasser aus Brambach (das Glas zu 20 Pf.) in der Ausstellung verkauft. Wir sehen da zu unterst einen mächtigen Würfel: 1000 Kilogramm Brunnenerz. Darauf einen kleineren: 840 Kilogramm Radiumgrammal. Und einen dritten, wieder erheblich kleineren: 500 Kilogramm radiumhaltige Rückstände. Darauf immer kleinere Würfel: Rückstände 4,5 Kilogramm, Rückstände 0,7 Kilogramm, und endlich ganz obenauf ein goldenes Röhrchen, so klein, daß es kaum als Schlüsselnadel genügen möchte: Radiumchlorid 220 Milligramm. Daneben stehen auch die äußerst subtilen Apparate, die dazu dienen, radioaktive Wasser zu erkennen und ihre Stärke zu messen.

An einer anderen Stelle sind alle Produkte ausgestellt, die in Goldbrüche und in Goldwäschereien gewonnen oder hergestellt werden. An einer dritten hat wie einen Blick in die Tätigkeit der Königl. Goldscheideanstalt zu Freiberg. Wir sehen da die edelsten Metalle in voller Goldgelbheit und in solchen Mengen beisammen, wie es uns leider nicht alle Tage passiert, und erhalten auch etwas über das Tagesquantum dieser Anstalt. Sie liefert täglich 300 Kilogramm Silber (= 12 Barren) im Werte von 20 000 M., 125 Kilogramm Gold im Werte von 34 000 M. (die Goldbarren sind nicht größer wie Siegellackstangen) und 0,3 Kilogramm Platin im Werte von 1500 M. Sehr interessant sind in dieser Abteilung auch die kostbaren Schmucksachen aus allen möglichen Mineralien, darunter prachtvolle Kristalle, die die Mineralien-Niederlage des Königl. Bergakademie ausgestellt hat. Noch nicht minderes Interesse verdient der Untergrund des harten Gesteins (Gneis), aus dem die Freiberger Hofkunstschule in der Hauptsache besteht, zur Ansicht. Um nichts zu verschweigen, wollen wir über auch die sonnigen Lehrmittel zum Unterricht in der höheren Geometrie des Geh. Bergrat Prof. Dr. Kaporetz (z. B. das kunstvolle Hohenmodell eines einfachen (!) Hyperboloids) erwähnen.

Nicht minder ausgezeichnet hat das erzgebirgische Kunstgewerbe und Gewerbe ausgestellt. Die Kollektion der Königl. Meisterschnitzschule in Schneeberg habe ich nicht nötig, an dieser Stelle zu rühmen; sie ist stets eine Zierde für sich. Daneben wird der Freiberger Künstler Virgny Werner mit seinen geschmackvollen Porzellan-Einrichtung, Vasen und Lampen bestimmen. Ferner die Bernsteinfabrik erzgebirgischer Pfeifenkopfwaren mit ihren echt geschnitzten farbigen Pfeifen. Die mannigfachen Erzeugnisse der Landesblindenanstalt in Chemnitz, der Königl. Erziehungsanstalt Waldenburg, der Königl. Korbflechtschule in Zittau, der Lehrlingswerkstätten zu Leipzig in Hainichen und zum Teil auch in Mittweida sind mit gleicher Aufmerksamkeit zu nennen. Desgleichen verdienen Sonderausstellungen, unter denen diejenige des Bezirksobstbaumvereins Dresden-Oberlößnitz einzelnstehende Früchte und Gewächse besonders die Aufmerksamkeit interessieren, die der Sachsenwerkzeugfabrik Frankenberg, die auch den Angaben der Ausstellungen für den Bergbau- und Eisenbahnbau verfertigt, und der Erzgebirgischen Holz- und Spielwaren-Industrie in Zschorlau, Schneeberg und Neubauern.

Diese Schlaglichter können einen Laut, und es ist bedauerlich, nur Blicken zu Blitzgeschwindigkeit. Man glaubte nicht, daß einen solche Ausstellung gleichsam und kurzen Tagen dauern würde für Besucher machen. Es haben und haben. Schade nur, daß man auch diese Ausstellung nicht vor leeren Augen entwickeln sieht. Den Anlaß machte die Wiederkehr der ganzen Wochen mit der Eröffnung des Spinnerei-Halles. Gleichzeitig [illegible] Jahrhundert. Schade nur, einen solchen Wettbewerbschicksal entzieht man, und es werden soll. Aber ein ein einzelnes Auge [illegible] Ohr [illegible] es noch manch viele Hände geben.

Daneben können noch viele schöne Dinge zu nennen. Zum Beispiel die famosen Kunstbäume aus Asbest in Chemnitzbach, die Silber- und Goldfilmerzeugnisse, die Schachtelfabrik aus Mülln in Wolfersdorf, die [illegible] Tonwaren und Tonfiguren (von Preise bis zu 250 M.) und Porzellanen mit Blumenbeeren und nicht zuletzt die alte Freiberger Bergkapelle und Bergschule, die in neuem Modernstyle aufgeschlossen hat.

Schließlich ist erwähnenswert die in vollem Betriebe befindliche Maschinenfabrik mit ihrer interessanten Hüttenerzeugnissen, ihrer Dampfkesselanlage, ihrem Turbinenhaus und ihrer [illegible] Maschinenfabrik. Man kommt sich bei [illegible] Arbeit. Und doch bleibt sich allen von dem Wunsch [illegible] ob, [illegible] hier gelerntet hat.

Das [illegible] Ausstellung [illegible] Besucherzahlen [illegible] nicht zu bedauern. Zwar sind sich [illegible] Kreise [illegible] Jahre noch eine Wiederkehr erhalten. Wer aber [illegible] „durch" ist, [illegible] Ich kann [illegible] auf den Ausstellungen, wo sie alle [illegible] Ausstellungen aufgeführt. Wer [illegible] wie man sie in Freiberg nach [illegible]? ... Dr. Joh. Wiedemann.

Peter Michel

Ein familiärer Roman von Friedrich Huch

Er wollte Liesel zeigen, daß er sich ebenso Schuh benehmen könne wie sie, ohne jedoch recht zu wissen, warum sie sich so benahm. Gleichzeitig aber drückte er seine Finger so fest gegen den Tischrand, daß sie knackten.

Liesel schlürfte heftig die Brühe und ging darauf zu Bett, und kein Wort sich sagte. Warum? Ich will es schildern!

Sie bog sich nieder und kroch unter seinem erhobenen Arme durch, geschmeidig wie eine Katze, und wie er sie so unter sich sah, den schimmernden Hauch ihres Nackens, den Duft ihrer Haare spürte, da stieg in ihm ein unwiderstehlicher Ekel gegen die Frau auf, die ihn den Hinten so beschamte. Er machte eine ungeduldige Bewegung mit den Schultern und sagte: So; na also, nun sind die Fenster ja geschlossen.

Frau Annette sah ihn etwas erstaunt an.

Das klang ja gar nicht wie Peter Michel!

Der Tische war er schweigsam und sah fast unausgesetzt zu Liesel hinüber, welche unbefangen und gesprächig war wie immer. Er suchte nach einer Verständigung mit ihr, und plötzlich kam ihr der Gedanke, mit seinen Füßen unter dem Tisch zu ihr hinüber zu tasten. Es war derselbe Tisch, an welchem sie einst als Kinder gesessen, unter dem ihn Liesel mit ihren kleinen Füßen stieß und dann beleidigt war, daß er auf ihr Spiel nicht einging. Sie begriff ihn augenblicklich und erwiderte seinen Druck auf eine heftige und unmittelbare Weise. Aber dann behielt er ihren Fuß zwischen die seinen geklemmt. Sie biß sich auf die Lippen und sah fast drohend zu ihm herüber. Aber er hatte Kraft.

Nun konnte sie sich doch in ihn verlieben.

Man redete über dies und jenes, aber Peter gab einsilbige und zerstreute Antworten.

Sie hat ihm einen Korb gegeben! dachte die Frau Kantor und warf ihrer Tochter einen bekümmerten Blick zu. Diese deutete ihn falsch, indem sie meinte, ihre Mutter habe von dem heimlichen Spiel unter dem Tisch etwas bemerkt, und deshalb erröterte sie ihn durch ein geringschätziges Zurückwerfen ihres Kopfes. Nun meinte die Frau Kantor vielleicht auf der richtigen Fährte zu sein. Auch Peters sonderbares Benehmen, seine Einsilbigkeit, seine auffällige Antwort von vorhin erklärten sich auf diese Weise. Sie blickte teilnahmvoll zu ihm hinüber, und er nickte den Kopf. [illegible] seufzte sie tief und erhob sich langsam.

In der folgenden Nacht fand Peter sehr wenig Schlaf. Jetzt liebte er Liesel, und es war nicht mehr die alte Liesel von früher, sondern die neue; seine Liebe hatte nichts mehr von der Schwärmerei von ehedem. In seiner Phantasie wiederholten sich die Vorgänge des Tages, er hielt sie in seinen Armen, er fühlte ihren warmen Nacken.

Liesel aber hatte am selben Abend noch eine Unterredung mit ihrer Mutter.

Hat er sich die erklärt?

Liesel hatte sich Peter Michel betreffend noch gar keinen Plan gemacht und antwortete blindlings:

Ja, natürlich.

Und du? was hast du ihm geantwortet?

Ich habe ihm gesagt, daß ich ihn nicht will!

Ihre Mutter nahm eine [illegible] vor sich hin.

Nun, denn wird er wohl morgen wieder abreisen!

Abreisen — auf den Gedanken war Liesel noch gar nicht gekommen.

Nein, abreisen soll er nicht! sagte sie sehr schnell; er soll noch hier bleiben!

So? Was soll er denn hier noch?

Ich frage mich, wenn er noch hier bleibt. Ich habe ihn so doch so gerne! Und dann überhaupt — sagte sie plötzlich fort, indem ihr ein neuer Gedanke durch den Kopf schoß. —, wenn ich ihn heiraten soll, so muß ich ihn doch erst einmal näher kennen können!

Sagen hast du Ja genug gehabt!

Nein, er muß einmal hier, einmal da; und dann kommt ihr immer dazwischen, und so war ich nie recht mit ihm allein!

Inzwischen war ihr Vater das Zimmer getreten. Er hielt seine grauen, schwarzen Augen auf seine Tochter gerichtet und wartete, bis sie ausgeredet hatte.

Ich möchte, wir hätten auch heute nachmittag lange genug allein gesessen! Nein. Zeit genug hast du gehabt! Und das ist es auch nicht, weswegen du ihn nicht willst. Du willst ihn nicht, weil du es lieber hast, wenn alle die den Hof machen, weil du ein kokettes Mädchen bist, weil du keine Tiefe des Gefühles hast, und weil du deine Eltern nicht liebst. Aber du hast ganz recht! Peter ist viel zu gut für dich. Er ist viel zu gut für eure — für eine —

Aber Wilhelm!

Papa, wenn du so reden willst, so wollen wir lieber gleich alles abbrechen.

Ihr Vater wischte sich die Stirn mit dem Taschentuch.

Meine Tochter warf ihm einen kalten Blick zu. Wenn ihr schon so über mich redet, daß ihr fort, wie sollen denn erst die Leute über mich reden?

Kind, ich habe ja gar nichts gesagt, sagte Frau Annette. Dein Vater hat sich etwas hinreißen lassen. Du kennst doch deinen Vater. Du weißt doch, er meint es nicht so schlimm, wie er es sagt! Sei doch etwas verständiger und denk nicht immer nur an dich allein! Komm, Willibald, wir wollen sie in Ruhe lassen. Ueberlege es dir noch einmal, Kind! Wir raten dir zu deinem Besten!

Am nächsten Morgen hatte Liesel ihren Plan fertig. Sie sagte zu ihrer Mutter, sie glaube wirklich, sie liebe Peter Michel, sie habe sich mit ihrem Entschlusse übereilt, sie nähme alles zurück und hoffe, daß es zwischen ihr und ihm noch zu einem guten Ausgang kommen würde.

Ihre Mutter war überrascht und glücklich und plauderte freudig zu, als Liesel beim Kaffee vorschlug, sie wollten alle miteinander einen großen Ausflug machen.

Der Kantor, welcher von der neuen Wendung noch nichts wußte und nur vom Ausflug hörte, brummte mürrisch, Liesel denke immer nur an Ausflüge.

Jetzt trat Peter Michel herein, blaß und etwas verstört; er wünschte allen einen guten Morgen und setzte sich. Es war fast, als vermiede er Liesel anzublicken. Man unterrichtete ihn von dem Plane, er erörterte, schwieg zuerst und sagte dann, er habe sich überlegt, daß er lieber abreisen wolle.

In Wahrheit war auf die Erregung des gestrigen Abends ein Niederschlag erfolgt. Liesel war ihm plötzlich gleichgültig geworden, ja er spürte fast eine Abneigung gegen sie. Sie war ihm einen raschen, erstaunten Blick zu:

Wieso willst du denn abreisen?

In ihrem Gesicht lag ein Ausdruck zwischen Enttäuschung und Verwunderung. Gleichgültig verührte sie ihn unter dem Tisch mit ihrer Fußspitze.

Er blickte sie unsicher an.

Du denkst gar nicht daran abzureisen! Warte nur noch ein bißchen! setzte sie hinzu, geheimnisvoll-verheißungsvoll.

Der Kantor, dem Frau Annette inzwischen flüsternd die neue Wendung der Dinge mitgeteilt hatte, hielt sich nicht länger.

Da, Liesel! rief er, indem er sein Portemonnaie zog und ihr ein Zehnerlich hinwarf! Da! das ist für deine Sparbüchse. Danke Mädel!

Liesel steckte das Geld vergnüglich ein; aber als sie merkte, daß ihr Vater eine Art Verlobungsrede halten wollte, sprang sie auf und hielt ihm [illegible] n Mund zu.

Peter begriff nichts von dem Vorgange um sich; Liesel halb lustige, halb kokett-verliebte Blicke machten ihn verwirrt, sein Vorsatz war im Nu vergessen, seine Seele geriet wieder in den Strudel.

Der Kantor aber sagte später zu seiner Frau: Das Liesel ist doch ein verrücktes Mädel! Diese Sache hat mir rechtes Kummer bereitet. Aber nun ist es, als seien wir Vergeßlichen von den Schultern gewälzt, und jetzt freue ich mich ordentlich darauf, in Gottes freie Natur hinausgetreten und unseren Schlafer nach aus fremdlichen Herzen ein Dankgebet hinauszusenden! Sie ist doch im Grunde ein gutes Kind bei all ihren Fehlern! Sie hat immer, als ob unsere Worte keinen Einfluß auf sie ausübten, aber im Geheimen denkt sie doch darüber nach! Das sieht du an diesem Beschluß wieder ganz deutlich!

Ich meine, sagte seine Frau, wir müßen die beiden sich heute noch an ihrem Geheimnis freuen, am Abend oder morgen früh wenn wir dann mit Peter, und dann kommt die Verlobung, lassen sofort die Angelegenheiten denken, und alles Gerede und Geklatsche ist mit einem Male aus der Welt geschafft.

Am Abend desselben Tages sahen die beiden wieder zusammen, aber nicht heiter wie am Morgen, sondern in gedrückter Verstimmung.

Peter und Liesel waren noch nicht heimgekehrt. Sie hatten sie im Walde verloren und seitdem nichts wieder von ihnen gesehen.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Volksbildung Heinrich Wolgast wird am 20. Juni seinen siebzigsten Geburtstag feiern. Wolgast hat [illegible] Leben [illegible] Volk 10 Jahren, [illegible] Jahr [illegible] Wolgast [illegible] Schriftenwerkstätten und Verlagsanstalt [illegible] Jugendschriften-Warte [illegible] Wolgast [illegible] Jahre 1896 [illegible] Jugendschriften-Warte [illegible] Wolgast [illegible] Jahre 1900 [illegible] Jugendschriften-Warte [illegible] Wolgast [illegible] Jahre 1904 [illegible] Jugendschriften-Warte [illegible] Wolgast [illegible] Jahre 1906 [illegible] Jugendschriften-Warte [illegible] Wolgast [illegible] Jahre 1908 [illegible] Jugendschriften-Warte [illegible] Wolgast [illegible] Jahre 1910 [illegible] Jugendschriften-Warte [illegible] Wolgast [illegible] Jahre 1912 [illegible] Jugendschriften-Warte [illegible] Wolgast [illegible] Jahre